

Er scheint täglich außer Montags, Abonnement-Preis für Berlin: Vierteljährlich 2,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Wochenschrift 10 Pf. Post-Abonnement: 2,30 Mk. pro Quartal. Unter Bezugnahme: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Einzeln in der Post-Verwaltung. Preisliste für 1892 unter Nr. 6652.

Inhaltliche Gewähr bezieht sich für die fünfzehntägige Zeitdauer oder deren Raum 48 Pf. für Berlin- und Versammlungs-Kosten 20 Pf. Insetate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Nachmittags geöffnet.

Verantwortlicher Redakteur: Carl V. Br. 4106.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Benth-Strasse 2.

Freitag, den 29. Januar 1892.

Expedition: Benth-Strasse 3.

Das Saisongeschäft.

Mit unheimlicher Schnelle und streng systematisch reißt der Kapitalismus Beweis an Beweis für seine Lebensunfähigkeit. Die Mißbräuche der kapitalistischen Gütererzeugung, die mit dieser untrennbar verwachsen sind, werden immer ausgedehnter, immer zügelloser, immer unerträglicher. Von Stunde zu Stunde kommt die Ueberlebensfähigkeit und die Gemeinwohlgefährdung der kapitalistischen Produktionsmethode, die von allen wirtschaftlichen Systemen am gründlichsten abgewirtschaftet hat, deutlicher zur Erkenntnis eines Jeden, der sich der Erkenntnis nicht planmäßig verschließt.

Wie lange noch kann es dauern, daß der Kapitalismus mit seiner kulturwidrigen Arbeitsmethode fortfahren darf, gegen die Gesetze der Natur und die Lehren der Humanität zu wüthen?

Wie lange wird die Menschheit ein Joch ertragen können, das ihr von einer Handvoll Egoisten aufgebürdet wird?

Wie die böse That fortzeugend Böses muß gebären, so muß ein Mißbrauch den andern erzeugen. Der folgende ist die logische Konsequenz des vorangegangenen, und am Schluß besteht die ganze kapitalistische Güter-Hervorbringung und -Verteilung nur mehr noch aus Irthümern und Mißbräuchen — aus Mißbräuchen und Irthümern.

Der schlimmsten einer ist die Einrichtung des Saisongeschäfts, die von der Arbeiterwelt wie eine furchtbare Geißel empfunden wird — weit furchtbarer, weit härter treffend als niedrige Lohnsätze, als die direkt kapitalistische Ausbeutung. Denn diese schafft wohl Rekruten der Armuth, sie proletarisirt wohl die Massen, jene aber erzeugt die Arbeitslosigkeit, den Hungertod und die bitterste Noth.

Die Quelle aller dieser Uebel, die Planlosigkeit in der heutigen Produktion, ist nicht zu beseitigen. Solange die ökonomische Entwicklung im Fahrwasser krafter Mißwirtschaft steuert, so lange werden die Krisen Alltagserscheinungen sein, so lange werden die Mißbräuche in der kapitalistischen Güter-Hervorbringung lawinenartig weiter wachsen. — Nach wie vor werden überschüssige Kapitalien auf Wege geleitet werden, die keinen Raum mehr für deren Bethätigung bieten, nach wie vor wird man fortfahren, hochragende Schornsteine zu errichten, große Arbeitsäle mit wahren Wundern maschineller Technik zu schaffen, wird man mit doppelt und dreifach erhöhter technischer Leistungsfähigkeit ganze Berge von Waaren produziren und auf den Markt werfen, ohne Sinn, ohne Berechnung. Denn Niemand in der heutigen Gesellschaft wird sich bereit finden, um des Gemeinwohls willen auch den kleinsten seiner vielen persönlichen Vortheile nur aufzugeben. Nach wie vor wird die Jagd nach dem Profit alle Nerven des wirtschaftlichen Lebens vibriren machen.

Die Jagd nach dem Profit! Das ist das Zeichen der Zeit. —

Daß bei diesem tollen Treiben die heiligsten Güter der Menschheit verkümmern, das sieht diese Gesellschaft nicht an. Ihr ist es gleich, welches Elend sie schafft. Nur vorwärts, der Mammon lockt!

Diese Sucht nach dem Profit hat auch zum Saisongeschäft geführt, einer der krankhaftesten, verderblichsten Erscheinungen der Gegenwart.

In vielen Erwerbszweigen drängt sich die Hauptthätigkeit jetzt alljährlich auf wenige Monate und Wochen zusammen. Diese kurze Zeit, das ist die Saison. Da werden alle Arbeitskräfte bis auf's Aeußerste angespannt, bis zur Grenze des Möglichen, bis dort, wo die physischen Kräfte des Saisonarbeiters versagen, bis zur Gesundheitsgefährdung. Die Nacht wird zum Tage, der Sonntag zum Werktag.

Und ist die Saison vorüber, dann hat der Arbeiter nicht nur an seiner Gesundheit Schaden gehabt, dann sieht er sich unweigerlich auf's Pflaster geworfen, oder, wenn er Glück hat, in seinem Lohn um ein Beträchtliches zurückgesetzt. Die Mehrzahl der Fabriken übt wohl die Praxis beider Gemohnheiten, der Lohnverkürzungen und der Arbeiterentlassungen zugleich. Damit beginnt natürlich für den Arbeiter die Zeit der harten Prüfung. Schlechte Ernährung geht Hand in Hand mit zunehmender Verschuldung. Und die Verschuldung schmiedet ihrerseits den Arbeiter an die Scholle des Fabrikherrn. Eine fortlaufende Kette bitterster Entbehrungen und demüthigendster Erniedrigungen. Kurz, die Saisonarbeit ist wesentlich mit die Ausrasterin der mehr und mehr überhand nehmenden physischen und geistigen Leiden des Proletariats. Sie ist ein Hauptquell der Arbeitslosigkeit. Und je mehr die Saisonarbeit sich zur Lebensgewohnheit der Industrie entwickelt, desto mehr nimmt die Arbeitslosigkeit folgerichtiger zu.

Zur Unerträglichkeit schon scheint sie gediehen. Und was das Schlimmste ist, es ist keine Aussicht auf Besserung vorhanden. Die technische Vervollkommenung der Betriebe dient heute einer herz- und gewissenlosen Spekulation. Der Großkaufmann, der Fabrikherr, der Zwischenhändler, sie alle sind heute nur Spekulanten. Sie wissen, daß die Industrie fähig ist, innerhalb weniger Stunden große Waarenmengen zu erzeugen, daß sie ihren Bedarf decken können, jederzeit und nach ihrem Belieben. Wozu wäre denn die Nachtarbeit da, wenn nicht für die kurzen Lieferfristen?

In diesem Gefühl der Sicherheit sucht ein Spekulant den anderen zu übervotheilen, schiebt der Großkaufmann seine Ordres auf, bis der Krämer seine Aufträge erteilt hat, wartet der Krämer, bis der Großhändler sich versorgt hat. Ein Jeder sucht Vortheile zu erhaschen auf Kosten des lieben Nächsten. Und so konzentriert sich das Geschäft in allen Betrieben immer enger, auf immer kleinere Zeiträume, immer mehr Arbeitslosigkeit erzeugend und sie erhöhend. Nennen wir es Marotte, nennen wir es Lebensgewohn-

heit des Handels, gleichviel, die Thatsache bleibt bestehen, daß die erhöhte Leistungsfähigkeit der Industrie nur der Spekulation zu Gute kommt und die Arbeiter benachtheiligt.

In dieser Entwicklung der Dinge giebt es kein Zurückstauen, da der Wille, etliche kleine Vortheile zu ergattern, bei unseren Bourgeois ein zu ausgeprägter ist, als daß auf dem Wege des gemeinsamen Vorgehens eine Abstellung des Mißbrauchs des „Saisongeschäfts“ möglich wäre.

Es fordert seine Opfer, unerbittlich, brutal und mit stets wachsendem Volkshunger.

Wieder ist es der thätige Arbeiter, der zuerst die Zucht der kapitalistischen Systems der Ausbeutungen an seinem eigenen Leibe verspürt. Er ist der Prügelknabe für die Sünden des Kapitalismus.

Es fragt sich nur, wie lange noch will, nein, wie lange noch kann die Menschheit die Geißel der Ausbeutung durch eine Handvoll Spekulanten ertragen?

Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. Januar.

Der Reichstag bot heute das Schauspiel, daß er beschlußfähig war und doch zu dem gewünschten Beschlusse nicht gelangen konnte. Die Frage drehte sich um die Ermäßigung der Zollsätze für jenes ausländische Getreide, welches laut amtlicher Feststellung am 1. Februar innerhalb des deutschen Zollgebietes in Freilagern, Pollniederlagen oder Privatlagern unter amtlichem Mitverschluß, sowie in den deutschen Zollausläufen vorhanden ist und zwar ohne Nachweis der Abstammung. Die Kommission hatte beschlossen, die Zollermäßigung auch auf die Bestände an ausländischem Getreide und Mehl in Mühlen, soweit dasselbe auf Zollkonto angeschrieben ist, sowie auf ausländisches Bau- und Nutzholz und ditto Weine auszuweiten. Da die noch nicht verzollten Lagerbestände sehr bedeutend sind und mit jedem Tage bis zum 1. Februar wachsen werden, so haben die Agrarier, welche über die hohen Getreidezölle zwar Krokodilstränen weinen, innerlich aber sehr mit denselben einverstanden sind, ein großes Interesse daran, daß die Herabsetzung der Zölle auf diese Bestände nicht Platz greife. In der Kommission hatten auch die Zentrumsmitglieder für die Aushebung der Zollherabsetzung gestimmt, im Plenum aber stimmte diese Partei — welche mehr und mehr zur Fraktion Drehscheibe sich ausbildet — gegen die Kommissionsvorschlüge. Derselben wurden trotzdem angenommen, da die linke Seite des Hauses sehr stark besteht war. Nun hat aber der Abgeordnete Brömel das Bedürfnis empfunden, eine redaktionelle Aenderung des Beschlusses zu beantragen, welche nicht gedruckt vorlag, so daß nach der Geschäftsordnung die Gesamtstimmung nur hätte stattfinden können, wenn von keiner Seite ein Widerspruch erfolgte. Dieser aber wurde erhoben und zwar durch Herrn

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

24

Am Webstuhl der Zeit.

Zeitgenössischer Roman in 3 Bänden von A. Otto Walster.

„Häns? Und Sie, Herr Ivan?“
„Ich stehe unter allen Umständen neben meinem Freunde,“ erklärte der Russe.

„Sechs! Was werden Sie thun, Herr Streit?“
„An mir soll's gewiß nicht fehlen, und Sie können sich meiner eifrigsten Kampfgenossenschaft versichert halten.“

„Sieben. Herr Sommer, wie steht es mit Ihnen?“
„Ich muß Ihnen aufrichtig gestehen,“ bemerkte der Dientenant eröthend und verlegen, „daß ich mir gar keinen rechten Begriff davon machen kann, in welcher Weise ich einer solchen Gesellschaft von Nutzen sein könnte. Sonst recht gern.“

„Sie können doch Turn-, Fecht- und Schwimmunterricht geben, Vorkursstunden in Mathematik, Zeichnen etc.“
„Das kann ich allerdings, aber die Gelegenheit...“

„Wird sich finden, kann geschafft werden. Ich notire Sie ganz unbedenklich, vorausgesetzt, daß Sie sich keiner solchen Arbeit scheuen?“

„Ich habe jetzt andere Ansichten über alle diese Dinge, als früher, und werde mich um meine ehemaligen Bekannten nicht mehr kümmern, als sie sich um mich kümmern haben, seitdem ich in diese Lage gekommen.“

„Und daran thun Sie ganz recht. Nicht also. Nun

kommen wir zu Ihnen, Herr Leon, was denken Sie über unser Vorhaben?“

„Ich habe mir überlegt die Sache hin und wieder. Möchte ich gebeten haben um einige Bedenkzeit.“

„Die sollen Sie gewiß haben, denn nur aufrichtige Theilnahme und freudiges Mitwirken kann uns bei einem solchen Unternehmen nützen. Jetzt handelt es sich nur noch um Herrn Molinaro, der freilich von uns höchstens als Kranker oder Invalide angesehen werden kann.“

„Mir auch war ein Leben aufgegangen,“ murmelte der Mime, der ziemlich tief ins Glas gesehen zu haben schien.

„Gehen Sie nur getroßt mit uns,“ tröstete Frank, „eine brave Armee nimmt auch ihre Kranken mit, und so denk ich, wir vervollständigen mit Ihrem Namen die Zahl Neun.“

„Indessen ist wohl die Zeit herangekommen, in welcher wir Alle der erquickenden Ruhe entgegenzuweichen.“ Herr Molinaro hat den letzten Tropfen unseres Schlafrunkes in die unergründlichen Tiefen seines Verdauungsorgans hinabfließen lassen, und so wollen wir mit dem nächsten Morgen gestärkt und gekräftigt an ein neues Tagewerk gehen.“

„Aber es fehlt uns noch Herr Mensch,“ warf der umsichtige Kaufmann ein.

„Herr Mensch ist augenblicklich kein Mensch mehr, denn er hat sich in die innerlichsten Tiefen seines Jäh zurückgezogen und schläft. Diese Eroberung müssen wir uns auf morgen ersparen. Und siehe da: sein Glas ist noch voll. Herr Molinaro, wie wäre es, wenn Sie es ließen rinnen und beteten dabei einen frommen Spruch. Können Sie nicht die schöne Stelle rezitiren, mit welcher Stauffacher die Szene auf dem Rütli beschließt?“

„Es kann geschehen,“ rief Molinaro, indem er das Glas ergriff und nun mit höchstem Pathos deklamirte:

„Jetzt gehe Jeder seines Weges still
Zu seiner Freundschaft und Genossame.
Wer Hirt ist, weide ruhig seine Heerde
Und werb' im Stillen Freunde für den Bund.
Was noch bis dahin muß erduldet werden,
Erduldet's, laßt die Rechnung der Tyrannen
Anwachsen, bis ein Tag die allgemeine
Und die besond're Schuld auf einmal tilgt.
Bezähme Jeder die gerechte Wuth
Und spare für das Ganze seine Rache,
Denn Raub begeht am allgemeinen Gut,
Wer selbst sich hilft in seiner eignen Sache!“

„Schön gesprochen, edler Mime,“ erklärte Frank, „und somit allseitig gute Nacht, meine Herren.“

„Gute Nacht!“ erscholl es in der Runde. Die Tische und Stühle wurden nach den verschiedenen Zimmern zurückgebracht und der „Normalmensch“ mußte schlafend nach seinem Bette getragen werden.

Auf der benachbarten Matratze nahm der junge Schriftsteller Platz. Er bedrürfte keines Biogenlides, denn er träumte wachend von Blumen und Sternen, und träumte bald schlafend von ihnen.

Größtes Kapitel.

Auch eine Verschwörung.

In einem geräumigen Zimmer des Hotels „Zum goldenen Engel“ war am nämlichen Abend, der uns so lange beschäftigt hat, eine Gesellschaft versammelt, der wir um so mehr unsere Aufmerksamkeit zuwenden müssen, als dieselbe aus einer Anzahl von Führern der „Liberalen Partei“ besteht.

v. Stamm. Ein Antrag die Sitzung um eine halbe Stunde zu vertagen bis zu welcher Zeit der neugedruckte Gesetzentwurf hätte vertheilt sein können, wurde per Hammelsprung mit 106 gegen 103 Stimmen abgelehnt. Die Schlussabstimmung wird also erst morgen erfolgen können und steht das Ergebnis derselben sehr im Zweifel, da von links und rechts natürlich der letzte Mann noch herangeholt werden wird. Ein Gesetzentwurf der Regierung, den Bundesrath zu ermächtigen, vom 1. Februar 1892 ab die für die Einfuhr nach Deutschland vertragsmäßig bestehenden Zollbefreiungen und Zollermäßigungen auch solchen Staaten, welche einen vertragsmäßigen Anspruch hierauf nicht haben, gegen Einräumung angemessener Vortheile ganz oder theilweise bis längstens zum 1. Dezember 1892 zuzugestehen, fand in erster Lesung fast einstimmige Annahme. Das Gesetz soll wohl in erster Linie dazu dienen, der Reichsregierung freie Hand in den Zollunterhandlungen mit Rußland zu geben, welche, wie im Reichstag erzählt wird, im vollen Gange sein sollen.

Das Volksschulgesetz wird in jedem Falle einen Sieg der Reaktion bilden, gleichviel, ob es unverändert mit Hilfe der Konservativen und des Zentrums, oder mit den Amendements der Liberalen und Freikonservativen angenommen wird. Im ersten Falle ist der Sieg der Reaktion unbestritten und augenscheinlich, im zweiten Falle hat die Reaktion vielleicht den Schein der Niederlage, in Wirklichkeit aber hat sie eine neue Etappe gewonnen, die das bisher Erreichte sicher stellt und den vollen Triumph vielleicht etwas verzögert, aber um so gewisser macht. Ein Volksschulgesetz mit den Amendements der Liberalen und Freikonservativen wird der Reaktion viel größere Dienste leisten, als ein unverändert angenommenes. Indem die reaktionären Grundsätze, die in Jahrzehnten sich zur allgemein geltenden Praxis ausgebildet haben, nunmehr gesetzlich unter Billigung der Nationalliberalen und Deutsch-Freisinnigen festgestellt werden, wird der Reaktion noch die liberale Sanction erteilt. Das Schwergewicht der Herrschaft über die Schule wird etwas mehr nach der Seite der Bureaokratie gelegt, und daß die Schule unter dieser besser, freier oder unabhängiger sich gestalten wird, das wird man wohl kaum behaupten können. Die staatlichen Behörden werden wie bisher dem Lehrer die Abhängigkeit von der Kirche, von den Geistlichen aufzwingen; die staatlichen Behörden werden um so leichter mit den Lehrern umspringen können, als diese ihnen ja willenlos von den Freisinnigen und Nationalliberalen ausgeliefert sind.

Mit dem unter liberaler Mitwirkung von einer durch aus reaktionären Regierung geschaffenen Volksschulgesetz, giebt der Liberalismus die Schule vollständig preis. Ob die unveränderte Vorlage oder die amendirte mehr oder weniger Nachteile hat, kann hier gar nicht in Betracht kommen; in diesem Falle bedeutet das Weniger mehr. Der unveränderten Vorlage gegenüber würde auch der bürgerliche Liberalismus Front zu machen gezwungen sein, die amendirte Vorlage aber vernichtet den Rest des bürgerlichen Liberalismus.

Herr Eugen Richter, der große Staatsmann, ergeht sich freilich schon in der Hoffnung auf eine große liberale Partei im Oppositionskampf mit der Regierung. Eine Opposition eingeleitet von Herrn von Bennigsen und Genossen! Eine große und mächtige und liberale Partei, für die bürgerliche Freiheit kämpfend, mit Männern, die ihre „Staatsmännlichkeit“ in 25jähriger Preisgebung jedes Unabhängigkeitsgefühls, in der Schaffung der reaktionärsten Gesetze, in der Bannung und Ausschmückung jedes Weges, der zur Willkür und zum Absolutismus führte, erprobt haben — eine solche Partei auch nur zu träumen, das zeugt von einer Blindheit oder Verblendung, wie sie nur die maßloseste Eitelkeit erzeugen kann. Nur die Eitelkeit, diese Begleiterin der Impotenz, kann es fertig bringen, alle Erfahrungen in den Wind zu schlagen und sich den größten Täuschungen hinzugeben.

Wenn Leute wie Bennigsen, Miquel und Genossen wirklich eine Spur von freihändlerischer Gesinnung hätten, dann müßten sie vor allem bei Seite gehen; sie müßten erkennen, daß sie in den Kampf nur ein zerbrochenes und zwar von ihnen selbst zerbrochenes Schwert bringen, daß das Wort der Freiheit in ihrem Munde eine Fiktion ist und daß ihre vermeintliche Weisheit sich als größte Thorheit erwiesen, daß jede Sache, die sie vertreten, auf Vertrauen nicht mehr zu rechnen hat, daß ihnen nur noch übrig bleibt, bei Seite zu gehen und sich begraben zu lassen, oder nach wie vor den Wagen der Reaktion weiter zu schleppen.

Wir bedauern freilich, etwas spät zu kommen, denn das luxuriöse Abendessen, mit welchem Dr. Raffmaus in Gemeinschaft mit dem reichen Weinhändler Tiefstrunk die Gesinnungsgenossen während der eben vergangenen zwei Stunden bewirthet, wird gerade abgetragen. Die Gäste zünden ihre importirten Havannas oder Ambalenas an den von kostbaren silbernen Leuchtern getragenen Wachslichtern an und stärken sich durch den Genuß des in den Spitzgläsern perlenden Champagners zu dem wichtigen und ernstesten Werke, das ihnen bevorsteht.

Die durch den eben gehaltenen Genuß bedeutend erhobenen Gemüther werden erst in Angesicht der ersten Stunde, locker herabhängende Brillen werden in die Höhe gehoben.

Dr. Raffmaus, welcher an der Spitze der Tafel sitzt, betrachtet noch während eines kleinen Weichens die weißschimmernde Asche seiner köstlich birstenden Zigarre, dann ergreift er den eisenbeinernen Griff einer silbernen Glocke und benützt die dadurch herbeigeführte feierliche Stille zu folgender Rede:

„Meine Herren, die Ursache, aus deren Veranlassung wir uns die Ehre gegeben haben, Sie zu einer privaten Besprechung einzuladen, ist, wie Sie schon errathen haben werden, keine andere, als die in nächster Zeit bevorstehende Landtagswahl.“

„Sie werden heute Abend einige unserer bisherigen Genossen in unserem Kreise vermissen, und bin ich Ihnen hierüber eine Erklärung schuldig. Sie wissen, wie viel Dr. Benjamin uns in Bezug auf seine bürgerliche Stellung zu verdanken hat. Ausgeschlossen und ausgestoßen, wie er es von allen liberalen Parteien wegen seines hochverrätherischen Treibens in der letzten Revolution war, suchte er uns seine Reue überzeugend darzustellen. Wir nahmen ihn großmüthig in unsere Reihen auf, wir wiesen ihm eine ziemlich hervorragende Stellung bei allen Volksversammlungen an, wir haben ihm endlich die Ehrenstellung als Stadtverordneter verschafft, haben ihn bei den von ihm vertretenen Rechtsfällen unseren Freunden beim Gericht empfohlen, und seine advocatorische Praxis hat dadurch sehr

Diese Bennigsen und Miquel, welche die Wahlen von 1878 unter dem Banner der Sozialistenhege betrieben, ohne zu merken, daß es sich dabei weniger noch um das Sozialistengesetz, als um die schutzöllnerische und agrarische Gesetzgebung und vor allem um die ungeheure Mehrbelastung des Volkes handelte; diese Bennigsen und Miquel, welche dieses Abgeordnetenhaus unter der Fahne des Kartells zusammenbrachten, welche den ärgsten Reaktionären die Spitze im Abgeordnetenhaus verschafften, und dann noch für die Verlängerung der Sessionsperioden sorgten; diese Bennigsen und Miquel sollen die neue liberale Aera einleiten! Das Kartell, das die große liberale Partei bilden soll wird einen noch schmächtlicheren Verlauf nehmen, als das Kartell von 1887. Bennigsen und Eugen Richter — welcher Wechselbalg wird wohl aus der Umarmung dieser Weiden hervorgehen! —

Die Reichstags-Erwahl im 22. sächsischen Wahlkreise (Auerbach-Neichenbach) ist auf den 15. März anberaumt. Der Wahlkreis war bisher durch den konservativen Landgerichtsdirektor Kurz, dessen Mandat infolge seiner Beförderung im Staatsdienst erloschen ist, vertreten. Für die Neuwahl sind bereits als Kandidaten aufgestellt: Hofmann u. Chemnitz (Sozialdemokrat), Kramer-Ritzberg (nationalliberal), Opitz-Treuen (konservativ). Von Seiten der Antisemiten wird wahrscheinlich Dr. Paul Förster aufgestellt werden, nachdem Fritsch-Weipzig aus „Gesundheitsrücksichten“ abgelehnt hat.

Die Reichstags-Erwahl in Mecklenburg-Strelitz für den konservativen Abgeordneten von Derzen findet am 19. März statt.

Heuscherei. Wird da jetzt anlässlich der Geburtstagsfeier des deutschen Kaisers von ordnungsparteilichen Blättern ein Gedicht veröffentlicht, welches mit den Versen beginnt: Einig in Süd und Nord Stehn wir getrost hinfort Jeder Gefahr.“

Sind wir denn „einig“? Ist unser Volk nicht in sich gespalten und wird nicht gerade von den Parteien, deren Organe uns solche Kost aufstischen, Alles gethan, um die „Einigkeit“ zu einer schamlosen Lüge zu machen? Haben sie nicht die Juden hah gezüchtet und die Sozialisten hah? Verlangen sie nicht jetzt mit demagogischem Gepolter, alle Parteien müßten sich zusammenschließen, um die Sozialdemokratie zu vernichten, d. h. die stärkste Partei in Deutschland? Predigen sie nicht tagtäglich den „trockenen“ Bürgerkrieg, welches Wort wir nach dem Muster der „trockenen Guillotine“ bilden? Den Bürgerkrieg, der nicht knall und fall todtschießt, sondern langsam zu tödten sucht, indem er die soziale Axt verhängt und den wirtschaftlichen Ruin seiner Opfer herbeiführen will, sodas sie verhungern oder zu Kreuze kriechen müssen?

Und das nennt die politische Heuscherei „einig“.

Die Aufrechthaltung des Volksschulwesens in dem bisherigen Geiste wird von der „Nationalliberalen Korrespondenz“ als Kern der Bewegung aller Kreise des Bürgerthums angesehen. Ob sich die Wähler, Puttkamer, Gohler es je haben träumen lassen, der Gegenstand der Verherrlichung durch Bennigsen und Eugen Richter zu werden? Die Lehrer, die ihre Hoffnung auf den „Freisinn“ richteten, werden jetzt wohl ihre schmächtige Täuschung erkennen.

Die Anklage gegen Baare wegen Stempelfälschung ist jetzt auch erhoben worden. Noch vor wenigen Tagen bestritt dies die Herrn Baare dienstbaren Blätter.

Der schweizerische Ständerath hat einstimmig die Handelsverträge mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn angenommen.

Der Nationalrath hat dem Bundesrath mit 81 gegen 14 Stimmen Vollmachten zur bestmöglichen Wahrung der schweizerischen Interessen im Handelsverkehr mit Frankreich erteilt. Der Bundesrath soll in der nächsten Session der Bundesversammlung Bericht erstatten, welchen Gebrauch er von diesen Vollmachten gemacht hat. Nach Zustimmung des Ständerathes wird auf Grund des obigen Beschlusses Frankreich vorläufig das Recht der Meistbegünstigung erhalten.

viel gewonnen; wir haben ihm bei fast allen sich anbietenden Gelegenheiten besondere Aufmerksamkeit erwiesen, haben ihn ins Schiller-Komitee und in den Vorstand des Bürgervereins, beim Gewerbeverein und beim Spar- und Vorschußverein in ehrenvolle Stellungen gewählt, ja wir haben ihm seine Wahl als Landtagsmitglied in nicht zu entfernte Aussicht gestellt. Aber dieser Undankbare statt sich für alle diese Ehren und Wohlthaten empfindlich zu zeigen und sich uns mit Leib und Seele anzuschließen, will jetzt ein selbständiger Führer der liberalen Partei werden, will uns gewissermaßen aus dem Sattel heben und hat sich zu diesem Zwecke bereits zu wiederholten Malen mit Vertretern der Demokratie in Verbindung gesetzt, die wir doch bereits so ziemlich ins Schlepptau genommen hatten. Alles das, um selbständig Boden im Volke zu gewinnen und von uns unabhängig zu werden!“

„Ja, ich habe Anzeichen genug dafür, daß er seine Hand in hervorragender Weise mit im Spiele gehabt, als ich mit so auffallend geringer Majorität wieder zum Stadtverordneten-Vorsitzer gewählt wurde. Jetzt, glaube ich, geht er entschieden damit um, nicht nur eine Anzahl seiner besonderen Freunde ins Stadtverordneten-Kollegium zu bringen, sondern auch seine eigene werthe Person in den nächsten Landtag.“

„Ein solches Vorgehen zeugt nicht nur von grenzenloser Undankbarkeit, sondern auch von einer grandiosen Selbstüberhebung, und es scheint mir darum dringend geboten, dem unternehmenden Herrn ein entschiedenes: „Wid hierher und nicht weiter!“ zuzurufen.“

„Es lassen sich allerdings gegen verschiedene Unternehmungen des Dr. Benjamin, sowie gegen seine Verwaltung von Ehrenämtern erhebliche Beschwerden vorbringen, doch halte ich ein rücksichtsloses Vorgehen gegen ihn in dieser Richtung für bedenklich im Partei-Interesse, denn wenn wir seine Missethaten an's Licht ziehen, so wird das Publikum stutzig und fragt: Wie kommt Ihr uns diesen Mann so angelegentlich empfehlen? Außerdem giebt es Unterschiedliche unserer Getreuen, die ähnlichen Angriffen würden ausgesetzt werden, was doch sicherlich unser Ansehen

Die belgische Kammer hat soeben ein Gesetz erlassen, welches die Kooperativ-Gesellschaften (Produktiv-Genossenschaften der Arbeiter) schwer besteuert. Das Gesetz soll ein Schlag sein gegen die sozialistische Bewegung. Der „Booruit“ in Gent wird nach diesem sauberen Gesetz für seine Bäckerei allein ungefähr 10 000 Fks. jährlich zu zahlen haben, und da er diesen Ausfall nicht tragen kann, so wird er den Preis des Brotes erhöhen müssen. Die Majorität der belgischen Kammer besteht aus Klerikalen, d. h. aus Vertretern des Katholizismus, dessen Lobredner uns bei jeder Gelegenheit verstanden, er sei berufen, die soziale Frage zu lösen. Wir sehen in Belgien, worin diese Lösung besteht: theueres Brot. Freilich zu wundern haben wir Deutsche uns nicht, denn unser Zentrum hat ja in dieser Richtung auch Bedeutendes geleistet. Hätte doch ohne seine Mitwirkung die Bismarck'sche Brotvertheuerungspolitik nicht durchgeführt werden können.

Während die belgische Kammermajorität rasch bei der Hand ist, wenn es gilt, den Arbeitern das Fell über die Ohren zu ziehen und den Brotkorb höher zu hängen, sträubt sie sich nach wie vor mit aller Kraft gegen das von neun Zehnteln des belgischen Volkes geforderte allgemeine Wahlrecht. Jede Hoffnung auf gutwilliges Nachgeben der Kammer muß aufgegeben werden. Eine Kraftprobe zwischen Volk und Kammer ist unvermeidlich. Es offenbart sich hier wieder einmal mit packender Deutlichkeit, wie die sogenannten Rechtsfragen in der Politik allesammt Machtfragen sind. Das belgische Volk hat jetzt zu zeigen, was es kann. Und unsere Genossen haben den Vorkampf zu führen. Nach dem Schauspiel, welches sie uns bieten, zweifeln wir nicht, daß sie ihrer ehrenvollen, aber schwierigen Aufgabe gewachsen sind. In der Presse, in der Agitation entfalten sie eine wahrhaft herzerfrischende Thätigkeit, und so sicher dem festen, zielbewussten Willen kein Hinderniß unüberwindlich ist — so sicher wird der belgische Sozialismus den Klerikalismus, wird das belgische Volk die belgische Kammer besiegen.

In England haben bei einer Erwählung die Liberalen gesiegt. Darob großer Jubel in der liberalen Presse Englands und auch anderer Länder, namentlich Deutschlands. Ein „Umschwung“ soll sich vollzogen haben, der Triumph des Liberalismus bei der bevorstehenden allgemeinen Wahl sicher sein.

Das ist kindisches Gerede. Der Zwist im Lager der irischen Homeuler ist für die liberalen Oppositionsparteien Englands so nachtheilig, so schwächend, daß hierdurch allein die Wahlsancen des Liberalismus auf ein Minimum herabgedrückt würden, selbst wenn der Liberalismus nicht auch in sich selber zerfahren, und bis ins innerste Mark faul wäre.

In der letzten italienischen Kammer Sitzung wurde der Justizminister Chimicri mehrfach über die von ihm getroffenen Willkürhandlungen gegen Sozialisten interpellirt. Der Minister trat mit der Unverschämtheit auf, die den im Unrecht befindlichen Gewaltthätern eigen ist und mehr als alles andre das niederträchtige Verhalten der Justiz und Polizei kennzeichnete. Auf das Verlangen einer Amnestie erwiderte er, daß der Prozeß gegen Cipriani und Genossen nächstens wieder aufgenommen werden wird. Welches Substanz mag inzwischen die Regierung ausgefonnen haben, um die Verurtheilung derselben herbeizuführen!

Inzwischen hat eine Regierungsvorladung alle Arbeiterversammlungen im Freien verboten!

Spanien hat jetzt einen Belagerungszustand. Zum Anlaß nahm die Regierung den Bergarbeiter-Streik in Bilbao, bei welchem die Polizei gegen die Streikenden in brutalster Weise eingriff und so Konflikte herbeiführte. Der Regierung war dieses höchst willkommen, um in dem Streik den Ausbruch einer internationalen-anarchistischen Bewegung zu erblicken und den Belagerungszustand zu erklären. Ein Kriegsgericht ist eingesetzt, um diejenigen Personen, welche sich Eingriffe in die „freie“ Ausübung der Arbeit schuldig machen, aburtheilen zu lassen. Die freie Ausübung der Arbeiter, die Unterdrückung und Knechtung der Arbeit bleibt ungehemmt.

Das Wolff'sche Telegraphenbureau meldet: „Die Erklärung des Belagerungszustandes brachte eine gute Wirkung hervor.“ Es braucht nicht hinzuzufügen: „unter der

beim Volke schwächen müßte. Die liberalen Parteien haben hier solidarische Interessen. Meinen Sie nicht auch, meine Herren?“

„Das ist ganz unseugbar wahr, wenn sich auch Ihre Bemerkung schwerlich auf einen der Anwesenden beziehen dürfte.“ erklarte der Kaufmann Kollmann, eine dürftige Persönlichkeit mit eingefallenen, gelbledernen Wangen und unfest herumirrenden Augen.

„Ja, die Reputation unserer Leute muß ganz schlechterdings aufrecht erhalten werden, sonst mißtraut am Ende das Volk selbst den Besten unter uns.“ meinte der Weinhändler Tiefstrunk, indem er sich langsam mit seiner fetten Hand das dünne, fennmelblonde Haar aus dem weingerötheten Backhaufgeschicht strich.

Mit dem Krankenhaus-Inspektor Bahler wird es wohl nicht mehr lange gehen.“ bemerkte ein noch ziemlich junger Mann, dessen Gesichtszüge von Intelligenz zeugten, wenn auch die etwas zugespitzte Stirn mehr scharfes Urtheil und schlaue Berechnung, als harmonische Geistesbildung verrieth; sein Aushungerungs-System gegenüber den Patienten nimmt immer bedenklichere Dimensionen an, während andererseits seine Buchführung kaum noch der nächsten gründlichen Revision Stand halten dürfte.“

Sie muß Stand halten, sie muß Stand halten, Herr Sekretär Luß. Sie sind immer der unheilverkündende Hahn. Wo denken Sie denn nur hin? Der Mann ist gut, unentbehrlich sogar, er versteht populärer zu sprechen, als irgend ein Anderer.“ erwiderte Dr. Raffmaus. „Wir können ihn ja einmal privatim warnen, ihm auch gelegentlich eine Gehaltszulage auswirken, aber gehalten muß er werden unter allen Umständen: Denken Sie nicht auch, meine Herren?“

Er ist ein Grundpfeiler der liberalen Parteien.“ bemerkte der Räbelhändler Rolfuß, indem er langsam ein Glas Champagner die Kehle hinunterließen ließ. „Seine Wirksamkeit im liberalen Arbeiter-Bildungsverein allein ist Goldes werth. Wie schön weiß er die Leute an Ordnung, Genügsamkeit und Unterwürfigkeit zu mahnen. Es ist eine Freude, ihn anzuhören.“

(Fortsetzung folgt.)

Bourgeoisie. Wann hätte die Niedermelung von Arbeitern, zumal von streikenden Arbeitern, nicht eine gute Wirkung unter ihr hervorgerufen?

Ob die Regierung mit ihren Gewaltstreichen sich zu befestigen glaubt? Wir glauben, daß ihre Tage gezählt sind und sie nur ihren Untergang beschleunigt.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

159. Sitzung vom 28. Januar, 2 Uhr.

Am Tische des Bundesrats von Marschall, von Raikahn.

Die Vorlage, betreffend die Anwendung der vertragsmäßigen Zollsätze auf Getreide, Holz und Wein, steht zur dritten Beratung.

Abg. Frisen (Koblenz): Durch die Ablehnung der Kommissionsbeschlüsse, betreffend die Anwendung der Ermäßigung auf die schwimmenden Lager und auf das in Holland lagernde Getreide der rheinischen und westfälischen Interessenten sind letztere in Nachteil geraten und zur Nachweisung des Ursprungs ihres Getreides aus Vertragsländern verpflichtet, wenn sie den Zollsatz von 3,50 M. genießen wollen. Der Reichsanwalt hat mögliche Erleichterung der Formalitäten bezüglich des Ursprungs nachweisen versprochen. Ich hoffe, daß die Zollbehörden der Einzelstaaten möglichst bald mit entsprechender Anweisung durch das Reichsschatzamt versehen werden.

Abg. v. Stumm (Rp.) tritt den Ausführungen der Herren v. Kleist-Rogow und v. Schalscha bei, wonach jede Erweiterung der Begünstigungen abzulehnen sei, um die im Auslande schon jetzt sehr verbreitete Auffassung, als könne man von und ohne jede Konzeption dieselben Vorteile wie die Vertragsländer erlangen, nicht noch mehr zu bestärken. Das gelte namentlich vom Wein. Ein großer Teil der Reichspartei werde das ganze Gesetz verwerfen, wenn die in zweiter Lesung beschlossenen Erweiterungen stehen bleiben.

Abg. Nicker (Hr.): Die Frage der Transilvänder hat Jahre erfordert, ehe sie zu einer befriedigenden Lösung gelangt ist. Um so sonderbarer muß es erscheinen, wenn Herr v. Stumm plötzlich erklärt, seine Partei werde das ganze Gesetz verwerfen, wenn die von der Kommission beschlossenen, in zweiter Lesung angenommenen, vom Reichsanwalt fast ganz direkt zugehenden Erweiterungen auch in dritter Lesung angenommen würden. Ich bitte, die vorgestrigen Beschlüsse einfach zu bestätigen. Die schwimmenden Lager werden hoffentlich nach den Erklärungen des Reichsanwalts der Zollermäßigung auch theilhaftig werden, wenn der Nachweis des Ursprungs aus Vertragsländern erbracht ist.

Abg. von Kleist-Rogow tritt nochmals der beschlossenen Ausdehnung der Vergünstigungen entgegen; diese Ausdehnung bei dieser Gelegenheit sei der ganzen Stellung des Reichstages unangemessen. Es werde auf diese Weise einer kleinen Zahl von Großhändlern und Großindustriellen ein Vorteil auf Kosten der großen Menge der kleineren Gewerbetreibenden zugewendet. (Beifall rechts.)

Abg. Wuhl (nl.) bedauert, daß von rechts den Beschlüssen des Reichstags so unzutreffende, unangemessene Motive untergelegt würden, und ersucht gleichfalls um Bestätigung der Beschlüsse zweiter Lesung.

Abg. von Schalscha (3.): Die Vorlage hatte einen praktischen Zweck, die Erweiterungen der Kommission sind sämtlich tendenziöser Art (Widerpruch links), wie Herr von Kleist richtig dargestellt hat. Wir sind nicht in der Lage, solche Vergünstigungen einzelnen Handelshäusern zu gute kommen zu lassen.

Abg. Fürst Hagfeldt (Rp.) vermahnt die Kommission, deren Vorsitzender er gewesen, gegen den Vorwurf tendenziöser Beschlüsse; sie habe sich einfach von Zweckmäßigkeitsgründen leiten lassen.

Abg. Müller (natl.) würde eventuell veranlaßt sein, nach in dritter Lesung zu versuchen, den schwimmenden Ladungen die Wohlthaten des Gesetzes zu verschaffen, wenn in dieser Beziehung nicht eine beruhigende Erklärung des Bundesrats erfolge. Er erkennt aber an, daß im gegenwärtigen Augenblick die Abgabe einer solchen Erklärung Schwierigkeiten haben könnte, und hofft im Anschluß an die Darlegung Nicker's, daß die versprochene Erleichterung in den Abfertigungsformalitäten auch den schwimmenden Lagern zu gute kommen wird.

Abg. Brömel (Hr.), der im Verein mit dem Abg. Wülfing ein Amendement eingebracht hat, durch welches der die Wählkonten betreffende Teil des Gesetzes redaktionell verbessert wird, bittet ebenfalls, die Beschlüsse zweiter Lesung mit diesem Amendement anzunehmen.

Abg. v. Stumm macht darauf aufmerksam, daß der Reichsanwalt zu den Kommissionsbeschlüssen keineswegs unbedingt seine Zustimmung erklärt habe.

Nach Schluß der Diskussion wird das Gesetz unter Ersetzung des Absatzes betreffend die Wählkonten durch das Amendement Brömel-Wülfing in der Fassung zweiter Lesung angenommen. Vom Zentrum stimmen nur etwa fünf oder sechs Abgeordnete, von der Reichspartei nur Fürst Hagfeldt und Merbach, von den Deutschkonservativen niemand mit der Mehrheit. Dagegen sind die Hände der Linken einschließlich der Nationalliberalen sehr stark gehoben.

Die Gesamtabstimmung bleibt einstweilen ausgesetzt, bis die neue Zusammenstellung der Beschlüsse gedruckt ist.

Es folgt die erste und event. zweite Beratung des Gesetzesentwurfs, betr. die Anwendung der vertragsmäßigen Zollbefreiungen und Zollermäßigungen gegenüber den nicht meistbegünstigten Staaten.

Abg. Graf Kanitz (Hr.) verbreitet sich ausführlich über die Bedeutung und den Wert der Meistbegünstigung, welche durch die Vorlage gegen die Einräumung gewisser Vorteile denjenigen Staaten, die in einem handelspolitischen Vertragsverhältnis zu Deutschland nicht stehen, zugestanden werden soll, und fragt, welche Staaten schon heute die Meistbegünstigung genießen, da in dieser Beziehung genaue Nachrichten nicht vorliegen.

Staatssekretär v. Marschall erwidert, daß nach Annahme der Vorlage der Bundesrat in eine Prüfung der Frage einzutreten habe, welchen Ländern ein Anspruch auf Meistbegünstigung zustehe; der Bundesrat sei schon jetzt in diese Prüfung eingetreten.

Abg. v. Kleist-Rogow erklärt sich gegen die Vorlage, die uns nur Schwierigkeiten schaffen könne; es handle sich ja doch doch um Ausland, mit dem handelspolitische Vereinbarungen doch aussichtslos seien.

Staatssekretär v. Marschall: Es handelt sich nicht bloß um Ausland, sondern auch um Rumänien und event. um Spanien. Die Regierung erbittet die Vollmacht, um mit allen den Staaten das Meistbegünstigungsverhältnis herzustellen, welche den ersten Willen zeigen, mit uns in freundliche stetige Handelsbeziehungen zu treten.

Nach einer kurzen Bemerkung des Abg. v. Münch (wilt) schließt die erste Lesung. In zweiter Lesung wird die Vorlage ohne Debatte unentändert angenommen.

Das Haus wendet sich dann zur zweiten Beratung des Gesetzesentwurfs über das Telegraphenwesen des Deutschen Reichs.

§ 1 der Kommissionsbeschlüsse lautet: Das Recht, Telegraphenanlagen für den allgemeinen Verkehr zu errichten und zu betreiben, steht ausschließlich dem Reiche zu. Unter Telegraphenanlagen sind die Fernsprechanlagen mit begriffen.

Die Abgg. von Bar und Genossen (Hr.) beantragen, § 1 wie folgt zu fassen: Das Recht, elektrische Leitungen zur Übermittlung von Er-

klärungen und Gesprächen gegen Bezahlung im Betriebe zu haben, steht vorbehaltlich der Bestimmung des § 2a ausschließlich dem Reiche zu. (§ 2a der Anträge von Bar statuiert das Recht der Gemeinden zum Betriebe des telegraphischen Verkehrs im Gemeindebezirke.)

Referent Abg. von Duol weist auf die seit dem vorigen Jahre beim Hause eingegangenen zahlreichen Petitionen hin, welche zum Teil ganz neue Momente für die Beurteilung der Frage des Reichsmonopols beibringen. Er stellt anheim, die Petitionen durch die zu fassenden Beschlüsse für erledigt zu erklären.

Abg. Schrader (Hr.) stellt und begründet den Antrag auf Zurückverweisung der Vorlage an eine Kommission. Nicht nur die Petitionen seien für die erneute Prüfung maßgebend, sondern auch sachliche Momente anderer Art, besonders die Fortschritte der Elektrotechnik, wie sie auf der elektrischen Ausstellung in Frankfurt aller Welt vorgeführt worden seien. Das Interesse der Städte gegen dieses Gesetz sei durch die Ergebnisse dieser Ausstellung und des elektrotechnischen Kongresses mächtig gestärkt worden. Auch die Zahl der Amendements zu einzelnen Bestimmungen der Vorlage beweise, daß die Arbeit der Kommission noch nicht ausgereift sei. Andererseits sei das Verlangen der Gemeinden, das Telegraphengesetz nur pari passu mit dem Gesetze über die elektrischen Anlagen zu beraten.

Abg. Hammacher (natl.) unterstützt den Antrag auf Zurückverweisung, hauptsächlich unter Bezugnahme auf die zahlreichen Änderungsanträge. Abg. Graf Ballestrem (Zentr.) giebt für seine Partei eine ähnliche Erklärung ab, lehnt aber ab, der Kommission den Vorwurf nicht genügender Sachkenntnis zu machen.

Abg. Schrader verwahrt sich gegen den Vorwurf, als habe er solchen Vorwurf im Sinne gehabt.

Abg. Graf Krümm (Rp.) bedauert, sich der Majorität fügen zu müssen, da er die Nothwendigkeit der Zurückverweisung nicht anerkennen könne. Es seien viele Verzögerungen auf Einflüsse zurückzuführen, über die ihm leider in diesem Moment zu sprechen verwehrt sei.

Die Zurückverweisung wird darauf gegen die Stimmen der Rechten beschlossen.

Die ausgefetzte Abstimmung über das Gesetz, betreffend die Ausdehnung der Zollermäßigungen stellt der Präsident dem Hause jetzt vorzunehmen anheim, obwohl die Zusammenstellung der Beschlüsse noch nicht gedruckt vorliegt. Abg. v. Stumm widerspricht; da der Widerspruch eines Einzelnen genügt, kann die Abstimmung nicht erfolgen. Abg. Nicker beantragt, die Sitzung auf eine halbe Stunde zu verlagern, da bis dahin die Verteilung erfolgt sein werde. Der Antrag wird mit 103 gegen 108 Stimmen abgelehnt.

Schluß gegen 5 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 2 Uhr. (Gesamtabstimmung über die Vorlage, betr. die Ausdehnung der Zollermäßigungen; dritte Lesung des Gesetzesentwurfs, betr. die Gewährung der Zollermäßigungen an nicht meistbegünstigte Staaten; Gesetzesentwurf, betr. die Einziehung der österreichischen Vereinssteuern; Petitionen.)

Parlamentarisches.

Die Geschäftsordnungs-Kommission hat sich gestern dafür erklärt, daß das Mandat des Abg. Dr. Brünings weiter als gültig zu betrachten sei, da durch Verteilung des Titels eines Oberlandesgerichtsrats und der Zuzugung eines höheren Gehaltes derselbe in Wirklichkeit in sein neues Amt eingetreten sei, sondern als Landgerichtsrat weiter beschäftigt wird. Weiter hat dieselbe Kommission sich prinzipiell dahin ausgesprochen, daß das Recht der Wahlanfechtung nicht bloß den Wählern des betreffenden Kreises, sondern jedem deutschen Reichstagswähler zusteht. Diese Frage wurde aus Anlaß der Wahl des Abg. v. Stumm zur Entscheidung gestellt, gegen welche ein Protest eingereicht ist, der von Wählern ausgeht, welche nicht im Wahlkreise des unumschränkten Herrschers von Neunkirchen wohnen. Wähler aus dem Stumm'schen Wahlkreise dürfen, bei Vermeidung der Gefahr des vollständigen wirtschaftlichen Ruins, nicht wegen eines Wahlprotestes zu unterzeichnen. Weiter beschloß die Kommission noch die gegen den Abgeordneten Werner (Antifemist) nachgesuchte Genehmigung zur Fortsetzung von drei Privatklagen (Beleidigungen) zu verweigern.

In der Budgetkommission wurden beim Militär-Etat die Sachverständigen der Wachtposten in besetzten Gegenden und Strassen zur Sprache gebracht und angeregt, den Wachtposten andere und unsrer Kulturverhältnisse etwas näher kommende Instruktionen zu geben. Die Herren Vertreter des Kriegsministeriums wollten von einem Mißstande auf diesem Gebiete natürlich nichts wissen, denn der „einsam stehende Posten natürlicherweise ein Mittel der Abwehr gegen Angriffe der rohen, niedrigen Volkschichten haben.“ Diese den wirklichen Thatbestand so ziemlich auf den Kopf stellende Darstellung wurde von unsern Genossen Singer und anderen Kommissionsmitgliedern auf das Energischste zurückgewiesen und schließlich der Antrag, es mögen die Wachtposten mit neuen und für das Publikum weniger gefährlichen Instruktionen versehen werden, mit Majorität angenommen.

Parteinachrichten.

Auf der sozialdemokratischen Konferenz für Lippe-Deumold wurde mitgeteilt, daß sämtliche andere Parteien den Kampf gegen die Sozialdemokratie mittelst Saalabtreiberi und Rospregelungen führen. Unsere Parteigenossen lassen sich aber dadurch nicht irre machen. Die Bewegung geht ruhig vorwärts, es waren diesmal Orte auf der Konferenz vertreten, wo früher noch niemals von einer sozialdemokratischen Bewegung die Rede gewesen. Die Konferenz, welche von etwa 30 Delegierten besucht war, setzte zur Organisation und Agitation, die sich hauptsächlich auf die Landorte erstrecken wird, eine Agitationskommission ein und jeder Parteigenosse wurde verpflichtet, nach besten Kräften der Partei entweder Versammlungslokale zu gewinnen oder unserer Idee durch Vereinerung von Flugchriften auch bei den Landbewohnern Eingang zu verschaffen.

In Lüdenscheid findet am 14. Februar die schon erwähnte Parteikonferenz für den Wahlkreis Aitena-Isersloh statt. Tagesordnung: Presse, Agitation und Organisation, Anträge der Delegierten.

In Wredow bei Steintin fand am 25. Januar eine öffentliche Kommunalwähler-Versammlung statt, die zum größten Teil von Sozialdemokraten besucht war, aber sich auch seitens der Groß- und Kleingrundstücks-Besitzer und Geschäftsleute reger Teilnahme zu erfreuen hatte. Die Leitung der Versammlung lag in den Händen der Genossen Edewitz, Vethle und Haal. Genosse H. Storch, Steintin referierte in einständiger Rede unter reichem Beifall der Versammlung über die Landgemeinde-Ordnung. Man beschloß darauf, in die Gemeindevahl einzutreten, und da in Wredow 13-1400 Wähler der dritten Klasse vorhanden sind, so haben wir Aussicht, einige Genossen durchzubringen.

Eine sehr gut besuchte Volksversammlung in Benig sprach nach dem Vortrage Karl Pinkau's der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ihre Zustimmung zur Abstimmung über die Handelsverträge aus.

In Köln beschloß eine stark besuchte sozialdemokratische Volksversammlung für 1. April die Uebernahme der „Kölnener Arbeiterzeitung“ auf die Partei. Das Blatt, welches bisher vom Genossen Röder verlegt wird, erscheint von jenem Zeitpunkte ab unter dem Titel: „Rheinische Zeitung für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung der Kreise Köln, Mülheim, Summersbach, Wipperfurth“.

Die Dortmunder Sozialdemokratie erklärte in ihrer Versammlung am 24. Januar, daß gemäß den Beschlüssen des letzten westfälischen Parteitages die Zeitungen des Herrn oder der Frau Teup nicht mehr als Parteiorgane zu betrachten sind.

Nach Stebrügge im Altenlande wurde vom Parteigenossen Weber aus Burtelände eine Versammlung einberufen, in welcher das Thema „Die Bestrebungen der Sozialdemokratie und Eugen Richter's Irrlehren“ zur Verhandlung stand. Zu dieser Versammlung war der bekannte Bismarck-Agitator Dr. Hahn aus Berlin eingeladen. Er kam auch, hatte aber diesmal weniger Glück, als in einer früheren, von seinen Stebrügger Gefinnungsgenossen abgehaltenen Versammlung, wo man dem anwesenden sozialdemokratischen Redner nur eine engbegrenzte Redezeit gewährte, weshalb dieser auf das Wort verzichtete. Die oben erwähnte Versammlung war von ca. 600 Personen besucht, die Kopf an Kopf gedrängt den Saal füllten. Nachdem Emil Fischer aus Hamburg das Tagesordnungs-Thema unter lebhaftem Beifall besprochen, ging Dr. Hahn für seine Sache ins Zeug. Schmalefeldt-Stade fertigte ihn entsprechend ab. Eine Resolution des Herrn Hahn wurde mit großer Mehrheit abgelehnt und mit dem Gesang der Arbeitermarxillaise, welcher das „Heil Dir im Siegertranz“ und die Bismarckhochs der Herren Hahn und Genossen machtvoll überdönte, ging die Versammlung auseinander.

Bei den Gewerbevereins-Wahlen in Passau sind von unserer Partei zwei Bewerber und zwei Hilfsbewerber gewählt worden. Die Ultramontanen brachten nur einen Kandidaten durch.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Das Reichsgericht hat die polizeiliche Schließung des Stahlfurter Bergarbeiter-Vereins aufgehoben und den wegen Uebertretung des preussischen Vereinsgesetzes verurteilten Vorsitzenden Handelsmann Fritsche freigesprochen. In den Gründen wurde gesagt, es sei allerdings nicht anzudeuten, daß in jenem Vereine öffentliche Angelegenheiten verhandelt seien und insoweit treffe die Verurteilung zu, aber der Verein sei doch kein solcher gewesen, der bezweckt habe, öffentliche Angelegenheiten zu behandeln.

Das Magdeburger Schwurgericht verurteilte die Arbeiter Wicorowski und zwei Genossen, welche im Martens'schen Prozesse sich des wissentlichen Meineids schuldig gemacht haben sollen, zu Zuchthausstrafen von 18 bzw. 15 Monaten und zu 5jährigem Ehrverlust; von der siebenmonatlichen Untersuchungshaft wurden 4 Monate angerechnet. Belastungszeugen waren der Bürgermeister Reinhard, der Kommissar Burt und der Sergeant Simon. Letztere beide Beamte waren in der betreffenden Versammlung, wo Martens gesprochen hatte, als Ueberwachende anwesend; auf die Notizen Wurt's und ferner darauf hin, daß Sergeant Simon sofort, als die inkriminierte Äußerung gefallen sei, seinen Vorgesetzten angetreten habe, ist das Urteil gefällt worden. Nach Entlastungszeugen erklärten positiv, die betreffende Äußerung nicht gehört zu haben, die anderen Zeugen — im ganzen waren überhaupt 23 geladen — wußten nichts Bestimmtes anzugeben. Erster 8 sind nachträglich gleichfalls verhaftet worden. Für die Stahlfurter Verhältnisse ist folgendes charakteristisch: Rechtsanwalt Träger, welcher mit seinem Kollegen B. v. Magdeburg die Verteidigung führte, richtete an den Bürgermeister Reinhard die Frage, ob es wahr sei, daß in Stahlfurter eine Fabrikantenvereinigung bestände, und ob sich dieselbe zur Aufgabe mache, Angehörige der sozialdemokratischen Partei zu mahregeln. Der Bürgermeister bejahte den ersten Teil der Frage, der Beantwortung des zweiten Theils wich er verlegen aus.

Soziale Uebersicht.

In Eisenburg saßte am 27. Januar eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung eine Resolution, in welcher der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die Vorstände der deutschen Gewerkschaftsorganisationen Mittel und Wege finden würden, den Halberstädter Gewerkschaftskongress in würdiger Weise abzuhalten, aber der Vorschlag hinzugefügt ist, man möge die Zahl der Delegierten mindestens um vier Fünftel beschränken, da ernstlich in Betracht der traurigen wirtschaftlichen Lage der Arbeiter eine Kostenersparnis geboten und zudem noch genug Streiks zu unterstützen seien, wofür das Geld bessere Verwendung finden würde. Diese Resolution wurde von der gut besuchten Versammlung mit allen gegen drei Stimmen angenommen.

Vorgeschlagene Dividenden: Böhmischer Brauhaus Kommanditgesellschaft auf Aktien, Knoblauch, Berlin 12 pSt. — Kontinental-Kaufhaus- und Guitapacha-Kompagnie 27 pSt. — Baugesellschaft am Kleinen Biergarten 10 pSt. — Berliner Brotpabrik-Aktiengesellschaft 8 1/2 pSt. (gegen 8 pSt. im Vorjahre). — Union, Baugesellschaft auf Aktien 5 pSt. — Matterbank in Berlin 10 pSt. — Nationalbank für Deutschland 6 1/2 pSt. — Bremische Hypothekbank 4 1/2 pSt. — Hamburger Waaren-Kreditanstalt 14 pSt. — Biersener Aktienspinnerei und Weberei 11 pSt. — Börsen-Handelsverein 11 pSt. — Fuldaer Vereinigte Schuhstoff-Fabrikanten 14 pSt. — Chemische Fabrik Aktiengesellschaft vormals Moritz Milch u. Co. 8 pSt. — Berliner Kassenverein 6 1/2 pSt.

Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit der Raum dafür abzugeben ist, dem Publikum zur Verfügung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie verwahrt sich aber gleichzeitig dagegen, mit dem Inhalt desselben identifiziert zu werden.

In dem Bericht über die Volksversammlung, welche am 21. d. M. im Feenpalast in Berlin tagte („Vorwärts“ Nr. 19), findet sich die Bemerkung, daß ich in der Versammlung der Berliner Maurer, welche am 10. d. M. stattfand, erklärt haben sollte, daß Genosse Bebel ein Gegner der Gewerkschaftsbewegung gewesen sei. Diese Erklärung soll ich in der letztgenannten Versammlung abgegeben haben, und ist auch in diesem Bericht („Vorwärts“ Nr. 9) eine solche Bemerkung zu finden. Es scheint hier offenbar ein Mißverständnis vorzuliegen. Meins Ausführungen deckten sich vollständig mit dem, was in dem Protokoll über die Verhandlungen des Pariser Kongresses (Seite 24, Zeile 22 u. f.) wiedergegeben ist. Dasselbe habe ich auch in der Broschüre „Die Organisationsfrage“ auf Seite 4 erklärt.

Unter keinen Umständen können aber diese Bemerkungen Veranlassung geben zu der Behauptung, daß ich erklärt hätte, Bebel sei ein Gegner der Gewerkschaften gewesen. Wenn ich in der Versammlung vom 10. d. M. den Verthum nicht sofort richtig stellte, so lag dies daran, daß durch mein Eintreten für die gewerkschaftliche Zentralisation sich die Debatte schon volle vier Stunden ausgezehrt hatte und ich durch nochmaliges Sprechen dieselbe nicht noch verlängern wollte. Ich bitte jedermann, von dieser Richtigstellung Notiz zu nehmen.

G. Legien,
Hamburg-St. Georg, Au der Koppel 70, I.

Theater.

Freitag, den 29. Januar, Opernhaus, Dinorah.
Schauspielhaus. Der zerbrochene Krug. Der eingebildete Kranke.
Leffing-Theater. Die Großstadtluft.
Deutsches Theater. Faust's Tod.
Berliner Theater. Maria Stuart.
Königs-Theater. Mafiotte. Vorher: Mobeazar Violet.
Wagner-Theater. König Krause.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Das Sonntagkind.
Thomas-Theater. Cacao.
Selbstkann-Theater. Der Herrgottschneider von Ammergau.
Stend-Theater. Am Altar.
Adolph Ernst-Theater. Der Langteufel.
Alexanderplatz-Theater. Berliner Pfaster.
Leopoldplatz. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variétés. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Konordia-Palast-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Baummann's Variétés. Spezialitäten-Vorstellung.
Giskeller. Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Gratweil'sche Bierhallen.

Kommandantenstr. 77-79.
 Heute sowie täglich:
 Auftreten der

Hamburger Gaudebrüder

Konzert- und Koupfänger.
 Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr, Sonntags 6 Uhr. Entree: Wochentags 10 Pf., Sonntags 25 Pf.
 Empfehle meinen berühmten Mittags-tisch à la Duval. 8 Regelbahnen 6 Billards, 2 Säle. 1189L

Stabliment Buggenhagen am Moritzplatz.

Täglich:
Unterhaltungs-Musik.
 Direktion J. Hödman.
 Dienstag und Freitag: Walker-Abend.
 Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
 Spezial-Ausgang von Pagenhofer Export-Bier, Seidel 15 Pf.
 641 F. Müller.

Castan's Panopticum

Friedrichstr. 165a, Ecke Behrenstr.
Neu:
 Die fliegende Geigen-Fee.
 Lebend, ohne Extra-Entree. Neuzeit musikalische Illusion. Vorstellungen: 12 Uhr u. 1 Uhr. — 4, 5, 6, 7, 8 und 9 Uhr Nachmittags.
 Kolossal-Gruppe: Bauern-Anstand! Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.
 Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr Ab.

Passage-Panopticum.

Lebensgroße Wachsfiguren und Gruppen, Dioramen, Sündstüb- Panorama mit Gewitter.
 Im Theater-Saal (ohne Extra-Entree): Täglich v. 6 Uhr ab Vorstellung von Spezial. I. Rang.
 Entree 50 Pf.

Viel neue Spezialitäten. La belle Irene,

die Witwite Amerikanerin in Präuscher's anatomischem Museum
 nur noch kurze Zeit Kommandantenstr.
 Täglich für erwachsene Herren.
 Dienstag und Freitag für **Damen.**

Welt-Restaurant

Dresdenerstr. 97. 1188b
 Tägl. **Nordd. Sänger.**
 Auftreten der Damen Fräulein Luise Werner, der Quettistinnen Geschwister Waldmann, des Herrn Gerok und des Komikers Hr. Philippo mit seinem **Theatro miniature** (Original).
 Anf. 6 Uhr. Entree 30 Pf. inkl. Progr.

Großes Schweinauspielen

am Freitag, den 29. Januar, Schwedlerstr. 88 bei Litzko. 1926L

Anschläger - Arbeit - Nachweis

„Anschläger - Arbeit - Nachweis Norden“. Zusammenkunft der Interessenten, Sonnt. d. 31. Jan., 10 Uhr, Brunnenstr. 38a bei Gorn. 1188b

Viel Geld verd. Hausier d. Wirt.

d. epochenmachenden Art.: Eine geschlossene Gesellschaft. Freitag, Sonnabend, Sonntag 2-4 Uhr, Marktgrafenstr. 83, Gerpian, Portal 4, 3 Tr.

Damen-Kleider-Garderobe

von M. Roussel, Skalierstr. 43, Pf.

Circus Renz.

Parlstraße.
 Freitag, den 29. Januar 1892, Abends 7 1/2 Uhr:
Große Komiker-Vorstellung mit neuen, höchst komischen Entrees und Intermezios von den Komikern C. Godlowaky, 3 Gabr. Briatore, Gebrüder Kronemann, Paul und William, Gebr. Dianta und Wars, Herrmann, Misco u. s. w. Außerdem: Prinz Carnaval und sein Gefolge, komisch equestr. Arrangement mit 12 Freizeitspferden, dressiert und vorgeführt von Herrn Franz Renz. Oyd, geritten v. Schulreiter Herrn Gabrel. **Jou de la rose**, geritten von den Damen Fräul. Clot. Hager und Mlle. Therina. Sisters Lawrence am fleg. Trapez. Lord und Sohn, komische Reitstücke v. mehreren Herren. Auftreten der vorzüglichsten Reiterkünstlerinnen und Reiterkünstler etc.
 Zum Schluß der Vorstellung:
„Auf Helgoland“ oder: Ebbe und Fluth.
 Große hydrologische Ausstattungs-Pantomime in 2 Abtheilungen mit National-Tänzen (60 Damen), Aufzügen. Neue Einlage: **Die Garde-Husaren.** Dampfschiff- und Boot-fahrten, Wasserfälle, Riesenfontänen mit allerlei Lichteffekten. **Neu! Die Grotten-belenchtung** etc., arrangirt und inszenirt vom Direktor E. Renz.
 Täglich: Auf Helgoland.
 Sonntag 2 Vorstellungen. Nach-mittag 4 Uhr (1 Kind frei). Auf viel-seitiges Verlangen: „Die lustigen Heidelberger.“ Abends 7 1/2 Uhr: „Auf Helgoland.“
 E. Renz, Direktor.

Circus G. Schumann.

Friedrich-Harl-Platz, Ecke Parllstr.
 Freitag, den 29. Januar 1892, Abends 7 1/2 Uhr: **Große Gala-Vorstellung** mit vorzüglich gewähltem Programm.
 Zum 3. Male: **Berliner Leben.** Große Wasser- und Feuer-Pantomime in 2 Abtheilungen mit 9 Bildern und Apotheose. **Die Guldigung des deutschen Heeres und der Marine**, ausgeführt vom gesamten Personal unter Mitwirkung aktiven Militärs. Große neue Ballet-Einlagen und militärische Evolutionen in Uniform der Krongardisten, Potsdamer Gardisten, Zieten's Husaren, Garde-Infanterie und der kaiserlichen Marine, sowie österreichischer und italienischer Kavallerie. Vollständig neue Ausstattung von Kostümen, Requisiten und Dekorationen.
 Morgen: Große Vorstellung. Berliner Leben.
 Sonntag: 2 Vorstellungen. 3 1/2 Uhr ein Kind frei. **Kochs unter Wasser.** Eine lässliche Hochzeit. Ab. 7 1/2 Uhr: Berliner Leben.

HOHENZOLLERN-GALERIE
 an der Molke-Brücke neben dem Lehrter Bahnhof.
 Größtes historisches Rundgemälde.
 Brandenburg-Preussen von der Zeit des Grossen Kurfürsten bis zur Gegenwart. 1892L
 Besichtigung 9 Uhr Vorm. bis 11 Uhr Abends. Die Direktion.
 Eintritt 1 Mk. Montags 2 Mk.

Große öffentliche Buchdrucker-Versammlung

Freitag, den 29. Januar 1892, Abends 8 Uhr, im gr. Saal des Köhlmischen Franckenhauses, Landsberger Allee 11-13.
 Tages-Ordnung:
 1. Gewerkschaften und Streiks. Referent: Reichstags-Abgeordneter **Wilhelm Liebknecht.**
 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Alle Kollegen und Arbeiter sind hierzu eingeladen.
 Der Einberufer: **E. Seufert.**

Stuckateure!

Die Kollegen, welche noch im Besitze von Sammellisten sind, werden ersucht, dieselben unverzüglich an die Vertrauensleute oder im Arbeits-nachweis, Weinmeisterstr. 19, abzugeben. Gleichzeitig ersuchen wir die statistischen Fragebogen und Jahressbücher abzugeben.
 303/9

Die Vertrauensleute.

1892L
Sophabezüge!
 Reste in Nips, Damast, Granit, Plüsch u. bunt. Stoff, spottbillig.
 Emil Lesévre, Granienstr. 158.
 Proben franko!

Künstliche Zähne 2 Mark.
 Plomben von 1,50 M. an. Schmerz-loses Zahnziehen 1 M. Sprechstunden 8-7 Uhr. Zahnarzt **Robert Wolf**, Chausseestr. 123, am Oranienb. Thor.

Baldvögel. Rothe Dompaffen 3 Mk. Stieglitz, Rothhänflinge 1,25 Mk., Buchfinken, Zeisige 1 Mk. (exelle Männchen). F. Schelle, Etalierstr. 132. 1906/2

Kalbsteisch, ganze Braten 40 Pf., ganze Brüste 35 Pf., ganze Kalber 30-35 Pf. Auguststr. 50a Mk.
 Frl. Schlaff. Ritterstr. 89, 5. 2 Tr. r.
 Gefucht **Sambus-Arbeiter** auf Mattenarbeit. **C. Kuntze**, Nord-machernstr., Hamburg, Grindelallee 165.

Unserm Freund u. Genossen **Gustav Schmelting** gen. „**Michel Krautsche**“ zu seinem heutigen Wiegensfeste ein dreimal donnerndes Hoch, daß die Tonkin-Stöße tanzen. Von sein. Kolleg. „**Justav** laß jucken!“ 1182b

Todes-Anzeige.

Am Mittwoch früh verstarb nach kurzem Krankenlager unser Kollege **Carl Völker.**
 Die Beerdigung findet am Sonntag Nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des Kirchhofs „Zum heil. Kreuz“ in Tempelhof statt. 1192b
 Die Kollegen der Piano-Fabrik von Gös & Kallmann.

Danksagung. 1187b
 Allen Freunden und Kollegen meines verstorbenen Mannes, des Schriftsetzers **Fritz Deiters**, sowie dem Gesang. „**Typographia**“ sage ich für die letzte Ehre, welche sie ihm am Grabe erwiesen haben, meinen innigsten Dank.
 Die trauernde Wittwe u. Hinterbliebenen.

Orts-Krankenkasse der Mechaniker, Optiker und verwandten Gewerbe.
 Sonntag, den 7. Februar 1892, Vorm. 10 Uhr:
 in den Arminshallen, Kommandanten-Str. 20:

Wahl-Versammlung
 sämtl. grossjähr. Kassenmitglieder.
 Tagesordnung:
 Wahl von 270 Vertretern der Arbeit-nnehmer zur Generalversammlung (§ 48 des Statuts).

Am 11 Uhr Vormittags findet im gleichen Lokal eine Versammlung der Herren Arbeitgeber, welche Beiträge aus eigenen Mitteln leisten, statt.
 Tagesordnung:
 Wahl von 130 Vertretern der Arbeit-geber zur Generalversammlung.
 Berlin, den 25. Januar 1892.
 1189b Der Vorstand.

Die Beleidigung gegen den Schlächter **G. Bree** nehme ich hiermit zurück und erkläre denselben für einen achtbaren Mann.
G. Werner.

Brot billiger,
 4 Pf. angebunden 50 Pf., mit Zusatz von Weizenmehl, kräftig und wohl-schmeckend, für jeden Haushalt zu empfehlen.
Prinzenstraße 10.

Maurergesellen, welche gewillt sind einem Baugeschäft beizutreten (etwas Vermögen), können sich melden Münch-bergerstraße 17, 3 Tr., bei Gure.

Berlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt Berlin SW., Beuthstrasse No. 2.

Wir empfehlen den Parteigenossen zur Anschaffung die **Berliner Arbeiter-Bibliothek.**
 Herausgegeben von **Max Schippel.**

- I. Serie:**
1. Heft: Ein sozialistischer Roman. (Ein Rückblick 2000 bis 1887.) Nach dem Amerikanischen des Edward Bellamy. 32 Seiten. Preis 15 Pf.
 2. Die Gewerkschaften, ihr Nutzen und ihre Bedeutung für die Arbeiterbewegung. Rede von Max Schippel. 32 Seiten. Preis 15 Pf.
 3. Die Arbeiterinnen- und Frauenfrage der Gegenwart. Von Clara Zetkin. 40 Seiten. Preis 20 Pf.
 4. Der Sozialismus in Frankreich seit der Pariser Kommune. Von Ossip Zetkin (Paris) f. 48 Seiten. Preis 20 Pf.
 5. Charakterköpfe aus der französischen Arbeiterbewegung. Von Ossip Zetkin (Paris) f. 48 Seiten. Preis 20 Pf.
 6. Die Hausindustrie in Deutschland. Von Paul Kampffmeyer. 32 Seiten. Preis 15 Pf.
 7. Junker und Bauer. Zur Entwicklung unserer Agrarverhältnisse. Von Paul Kampffmeyer. 32 Seiten. Preis 15 Pf.
 8. Die wirtschaftlichen Umwälzungen und die Entwicklung der Sozialdemokratie. Von Max Schippel. 32 Seiten. Preis 15 Pf.
 9. Die Marxsche Werttheorie. Zur Einführung in das Studium von Marx. Von Paul Fischer. 52 Seiten. Preis 20 Pf.
 10. Die Sozialdemokratie und der deutsche Reichstag. Materialien zum Gebrauch für sozialdemokratische Wähler. 36 Seiten. Preis 15 Pf.
 11. Die soziale Frage auf dem Lande. I. Die Lage der ländlichen Lohnarbeiter in Preußen. Von Paul Kampffmeyer. II. Der Ruin des ländlichen Kleinbetriebs durch die landwirtschaftliche Großproduktion. Von „*“ 40 Seiten. Preis 20 Pf.
 12. Die Arbeiterschul-Gesetzgebung und ihre Regelung. Von Paul Ernst. 36 Seiten. Preis 15 Pf.

- II. Serie:**
1. Heft: Der Mythos von der Begründung des Deutschen Reiches. Eine historische Skizze. Von Hans Müller. 40 Seiten. Preis 15 Pf.
 2. Zur Naturgeschichte der antisemitischen Bewegung in Deutschland. Von Gerhard Krause. 32 Seiten. Preis 15 Pf.
 3. Soziale Frage und Bodenverstaatlichung. Von Conrad Schmidt. 32 Seiten. Preis 15 Pf.
 4. Die deutschen Arbeiter und das Gewerbe-gericht-Gesetz. Von Max Schippel. 36 Seiten. Preis 15 Pf.
 - 5/6. Zur Entwicklungsgeschichte des Kapitalismus in Deutschland. Mit besonderer Berücksichtigung Mittel- und Norddeutschlands. Von Paul Kampffmeyer. 84 Seiten. Preis 25 Pf.
 7. Preussische Volksschul-Zustände. Ein Wort an das Volk und seine Lehrer. Von Hans Müller. 48 Seiten. Preis 20 Pf.
 8. Fort mit dem Dreiklassen-Wahlssystem in Preußen. Von Max Schippel. 2. Auflage. 35 Seiten. Preis 20 Pf.
 9. Die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel für die Schulen des Volkes. Von Hans Müller. 32 Seiten. Preis 15 Pf.
 10. Das Ostende von London. Ein soziales Nacht-bild. Von Paul Fischer. Erste Abtheilung. 30 Seiten. Preis 15 Pf.
 11. — — — Zweite Abtheilung. 27 Seiten. Preis 15 Pf.
 12. Die Entwicklung der Geschichtsauffassung bis auf Karl Marx. Von Gerhard Krause. 46 Seiten. Preis 20 Pf.
 13. Die Arbeiterbewegung im Lichte der materialistischen Geschichtsauffassung. Von Gerhard Krause. 38 Seiten. Preis 20 Pf.
 14. Die deutschen Buchdrucker in ihren Kämpfen gegen das Kapital. Von Walther Ray. 40 Seiten. Preis 20 Pf.

- III. Serie:**
1. Heft: Ist der Sozialismus mit der menschlichen Natur vereinbar? Von Paul Kampffmeyer. 28 Seiten. Preis 10 Pf.
 2. Technisch-wirtschaftliche Revolutionen der Gegenwart. Von Max Schippel. 31 Seiten. Preis 15 Pf.
 3. Die deutsche Zuckerindustrie und ihre Subventionirten. Ein Beitrag zur Land-agitation. Von Max Schippel. 30 Seiten. Preis 15 Pf.

I. Serie komplett (12 Hefte) Preis Mark 1.—
II. Serie komplett (14 Hefte) Preis Mark 1,65.

Die seit nunmehr 3 Jahren bestehende „**Berliner Arbeiter-Bibliothek**“, die sich unter der Herausgabe des Genossen Max Schippel so vorthellhaft in der Partei eingeführt hat, ist mit **allen Vorräthen und Rechten in unseren Verlag über-gegangen** und ersuchen wir die Genossen, nach wie vor ener-gisch für die Verbreitung derselben thätig sein zu wollen.

Alle Aufträge und Zahlungen sind also nicht mehr an die Expedition der „**Vollst-tribüne**“ resp. Verlag der „**Arbeiter-Bibliothek**“, sondern nur noch an uns zu richten.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt. Bestellungen nach auswärts gegen vorherige Einsendung des Be-trages. — Porto extra. —

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 24.

Freitag, den 29. Januar 1892.

9. Jahrg.

Parlamentsberichte.

Abgeordnetenhaus.

7. Sitzung vom 28. Januar. 11 Uhr.

Am Ministerische Graf Caprivi, Graf Zedlitz und Kommissarien.

Die erste Lesung des Volks-Schulgesetzes wird fortgesetzt.

Abg. Graf Limburg-Stirum (kons.): Herr von Kardorff hat den Wunsch ausgesprochen, daß dieses Gesetz nicht einseitig unter Vergewaltigung der Parteien, mit denen wir vielfach zusammengegangen sind, zu Stande kommen möge, daß die Freikonserwativen und Nationalliberalen mit zur Verständigung herangezogen werden. Die Reden der Freikonserwativen lassen eine solche Verständigung nicht ausgeschlossen erscheinen. Anders liegt es bei den Nationalliberalen. Wenn eine Vorlage als unannehmbar bezeichnet wird und gleich provokatorisch aufgetreten wird, wenn der Oberpräsident von Bismarck an die freikönigliche Partei, an das deutsche liberale Bürgerthum sich wendet, wenn Herr Hobrecht sich in stärksten Redewendungen gegen die Vorlage wendet, wenn er behauptet, daß die Lehrer zu Heuschlern gemacht werden sollen, so liegt offen am Tage, daß dieses Gesetz als Gegenstand des politischen Kampfes betrachtet wird. Diesen Kampf kann ich ihnen nicht verdenken, aber für dieses Gesetz ist es nicht zuträglich, wenn es nur von diesem Standpunkt aus betrachtet wird. Ich sehe nicht an zu erklären, daß es bedenklich ist, ein Gesetz zu machen, welches so große Unzufriedenheit erregt. Das heißt einen Kulturkampf heraufbeschwören, und Sie werden mir glauben, daß ich mir die Dinge ganz genau ansehe, denn ich habe einen solchen Kampf schon einmal durchgemacht. Die Bestimmungen über die Konfessionalität der Schulen werden keine dauernde Unzufriedenheit im Lande hervorrufen. (Widerspruch links.) Die Entwicklung der Dinge hat festgestellt, daß die übergroße Mehrheit der Bevölkerung sich ihre Religionsübungen nicht ungetrennt von der Konfession vorstellen kann; deshalb muß auch die Schule konfessionell gestaltet werden. Wer als Lehrer sich ausbilden will, der muß ein gläubiges Gemüth haben, oder er sollte lieber auf diesen Beruf verzichten. Infolge dessen ist die Mitwirkung der kirchlichen Kommissare bei der Prüfung unbedenklich. Durch die Uebernahme des Religionsunterrichts seitens der Geistlichen werden die Lehrer nicht in Abhängigkeit von der Geistlichkeit gebracht; denn die Geistlichen werden sich nur unter besonderen Umständen diese Lasten des Religionsunterrichts übernehmen. Die Bedenken der Nationalliberalen gegen diesen Punkt sind also unbegründet. Anders liegt es bezüglich der Privatschulen; es müssen im Gesetze Kautelen geschaffen werden, um die Schule konfessionell zu gestalten und dafür zu sorgen, daß die Schule nicht mißbraucht wird für sozialdemokratische Tendenzen. Daß die Unterrichtssprache in polnischen Landestheilen die polnische sein soll und daß die Kreischulinspektoren der Konfession der Schule angehören müssen, ist eine Forderung der Polen. Der ersten Forderung muß ich entschieden widersprechen, die preussische Volksschule kann nur eine deutsche sein. Die Schulinspektoren sind Vertreter des Staates und der Staatsaufsicht, nicht der konfessionellen Seite der Schule. Ich möchte warnen vor einer Politik der übermäßigen Konfessionen an die Polen. Diese Befürchtungen werden allerdings als unbegründet bezeichnet, aber die Ernennung eines polnischen Erzbischofs hat doch Beforgnisse erregt. Jedenfalls haben die Polen daran Hoffnungen geknüpft bezüglich fernerer Konfessionen in Schulpflicht. Das würde eine schwere Gefährdung des Deutschthums in den polnischen Landestheilen mit sich bringen. Im vorigen Jahre wurde das Unterrichtsgesetz mit den anderen Reformgesetzen vorgelegt. Es zeigt sich jetzt, daß die unteren Verwaltungsbehörden überlastet sind mit der Ausführung der beschlossenen Gesetze. Deshalb müssen wir bitten, daß dieses Gesetz erst dann in Kraft tritt, daß sie die Behörden nicht mehr außergewöhnlich belasten. Wir werden darauf hinarbeiten, daß dieses Gesetz noch in diesem Jahre zu Stande kommt, und zwar in dem Sinne, wie unser Redner Herr von Buch es dargestellt hat. (Beifall rechts.)

Abg. von Jagdzewski (Pole) bezeugt, daß der Vorredner im Namen seiner ganzen Partei gesprochen hat, denn die evangelische Generalsynode hat verlangt, daß nicht nur die Volksschule, sondern auch die Kreischulinspektion konfessionell geordnet sein soll. Das stimmt vollständig mit unseren Forderungen überein. Daß eine Volksschule ohne die Volkssprache nicht denkbar sei, werde von allen Pädagogen erkannt; die deutsche Sprache solle auch gelernt werden, aber in erster Linie stehe für die polnischen Landestheile das polnische. Wenn die Volksschule unter staatlicher Leitung alles erfüllt, was sie erfüllen soll, dann ist die Gefahr, daß Privatschulen eingerichtet werden, nicht groß. Wenn unsere Forderungen aber nicht erfüllt werden, dann sind wir auf die Privatschulen angewiesen. Die Befürchtungen, welche der Vorredner auf die Berufung des neuen Erzbischofs knüpfte, seien unbegründet. Durch diese Maßregel würde vielmehr die allgemeine Zufriedenheit hervorgerufen.

Abg. Porsch (3.): Den Vorwurf des Herrn Richter, daß das Zentrum verfassungswidrig handele, wenn es die Vorlage annehme, weil dieselbe nur ein Stück des Unterrichtsrechts regelt nicht das ganze Schulwesen, muß ich als unrichtig zurückweisen. Herr Jelle hat im vorigen Jahr den Entwurf für verfassungsmäßig gehalten und in der Kommission hat Herr Andree sich in demselben Sinne ausgesprochen. Beim Schulaufsichtsgesetz und bei den anderen Schulgesetzen haben sich die Freiköniglichen auch nicht ablehnend verhalten und jetzt wollen sie dem Zentrum den Vorwurf des Verfassungsbruches machen! Gehe noch die Vorlage in Aussicht stand, hat Herr Kintelen in einer Schrift über die vorjährigen Kommissionsverhandlungen ausgeführt, daß es wohl möglich sei, das Volksschulwesen allein zu regeln, wenn gewisse Bedingungen erfüllt werden, namentlich die Aufnahme der Vorschriften über die Lehrervorbildung und über die Privatschulen. Nur wenn die letzteren Vorschriften in dem Entwurf bleiben, wird das Zentrum für den Entwurf stimmen können. Mit Leichtigkeit setzt sich Herr Richter über die Bestimmungen der Verfassung hinweg; er meint, daß sei eine Formel aus den fünfziger Jahren. Ist denn die Verfassung ein Saisonartikel? Soll nicht gerade die Verfassung eine lex perpetua valitura sein? Da könnten auch andere Leute kommen und andere Artikel der Verfassung als verstoßen und veraltet bezeichnen. Die Presse hat dem Lande allerdings vorgelesen, daß die Vorlage den Wünschen des Zentrums entspreche und Probst Jahnel soll sich nach Herrn Richters Mittheilungen gegen die Vorlage ausgesprochen haben. Probst Jahnel hat diese Behauptung in einem an den Vorsitzenden der Zentrumsfraktion gerichteten Schreiben widerlegt und erklärt, daß er, wie er glaube, allein gegen die Eingabe gestimmt habe, welche an das Abgeordnetenhaus gerichtet werden sollte. Da zeige sich, wie der Kampf gegen die Volksschule von der Presse mit großer Verlogenheit geführt werde. Die freikönigliche Zeitung stellt es so dar, als wenn der Probst Jahnel nur glaube, gegen die Eingabe gestimmt zu haben, während er glaube, daß er allein dagegen gestimmt hat. Es ist eine Unwahrheit, daß diese Vorlage lediglich den Wünschen des Zentrums entspreche. Nicht bloß die evangelische Generalsynode, sondern auch der jeder ultramontanen Tendenz unverbüßte evangelische Schulkongress ist für die konfessionelle Volksschule und konfessionelle

neue Lehrervorbildung eingetreten. Da ist es unerhört, daß man den Leuten, welche den Entwurf nicht genau gelesen haben, vorredet, daß die Schule der katholischen Kirche ausgeliefert wird. (Zustimmung im Centrum.) Es ist richtig, daß der Entwurf das bestehende Recht kodifiziert; man kann darüber streiten, ob diese Bestimmungen überall das Rechte treffen; aber darüber braucht man kein solches Geschrei zu erheben. Herr Richter hätte sich ein Verdienst erworben, wenn er nicht bloß die in die Vorlage aufgenommenen Anträge Kintelen erwähnt hätte, sondern auch nachgewiesen hätte, welche Anträge nicht aufgenommen sind. Der Kultusminister von Gopler hat aus Anlaß des Windthorst'schen Schulantrages erklärt, daß die Schule schon ganz konfessionell eingerichtet sei; er hat den Zustand geschildert, wie ihn die Vorlage feststellt. Ich fordere die Herren, welche behaupten, daß die Schule in andere Bahnen gebracht wird, auf, das im einzelnen nachzuweisen. Was wollen die Herren eigentlich? Die einen wollen die konfessionelle, das heißt die religionslose Volksschule, andere wollen zwar den Religionsunterricht konfessionell gestalten, aber den anderen Unterricht von der Religion nicht beeinflussen lassen. Dazu muß die Verfassung geändert werden. Sind die Herren der Meinung, daß die Religion oder das Christenthum ein Gift ist, welches man nur in möglichst kleinen Dosen verabreichen darf? (Heiterkeit im Centrum.) Das Christenthum ist für uns die Hauptsache; es muß das Herz des Kindes durchdringen, um es zu härten für den schweren Weg des Lebens. (Zustimmung im Centrum.) Ein christlicher Vater glaubt am besten, sein Kind erziehen zu können, wenn er es dem Seelsorger anvertraut. So ist die Kirche die Mutter der Schule geworden. Unsere ganze Kultur wäre nicht vorhanden, wenn die Kirche nicht wäre. (Beifall rechts und im Centrum.) Herr Enneccerus will nur den Religionsunterricht konfessionell gestalten; das Kammergericht hat aber entschieden, daß der konfessionelle Charakter der Volksschule auch in den nichtreligiösen Unterrichtsgegenständen zu Tage trete. In der Simultanschule können die Kinder weder katholisch noch evangelisch erzogen werden. Auf konfessionellen Anstalten wird kein Haß gegen die andere Konfession eingeblasen. Das habe ich auch erlebt; aber auf den nichtkonfessionellen Universitäten habe ich gesehen, wie unter der Maske der Wissenschaften den Schülern konfessioneller Haß eingeblasen wird. (Zustimmung im Centrum.) Herr Richter hat anerkannt, daß den Religionsunterricht eigentlich die Geistlichen übernehmen müßten; seine Freunde haben im vorigen Jahre aber im entgegengesetzten Sinne gestimmt. Man wird es bald begreifen, wie schwer gefährlich es ist, wenn eine Generation ohne christlichen Glauben heranwächst. Der moderne Unglaube ist schlimmer als das alte Heidenthum. Mit dem Worte Pflaße ist die Kirche und Religion befeitigt; die Moral beschränkt sich auf das Strafrecht. Ich begreife es, daß die Staatsregierung hier Abhilfe schaffen will. Wir wollen der Staatsregierung helfen, wenn die Bedenken, welche wir haben, aus dem Wege geräumt werden. Es wird als gefährlich hingestellt, daß der bischöfliche Kommissar entscheiden solle über die Befähigung eines Kandidaten für die Ertheilung des Religionsunterrichts. Das ist weniger, als bisher Gesetz gewesen ist. Herr von Gopler hat erklärt, ein Lehrer, der in Religion durchgefallen ist, sei für die Volksschule unbrauchbar. Das ist noch schlimmer. (Widerspruch links: kein Veto.) Für die konfessionellen Schulvorstände tritt auch der evangelische Bund für die Volksschule ein, was hat Herr Richter dagegen vorgebracht? Er hat Bitten gemacht über die Hausväter. Wenn ein Junger oder ein Pflaße solche Bitten gemacht hätte! (Sehr richtig! links.) Warum hat man diese Dinge nicht angeführt gegen die Einrichtung der kirchlichen Vermögensverwaltung? Das Volksschul-Gesetz ist von großer Bedeutung für unsere Verhältnisse. Herr Richter meint allerdings, was hat die Sozialdemokratie mit der Religion zu thun. Ich bekenne, daß Jemand, der bewußt gläubig ist, ein bewußter Sozialdemokrat sein kann. (Zustimmung rechts.) Herr Richter hat eine geistreiche Kritik der Sozialdemokratie geschrieben, welche bei meinen Freunden große Anerkennung findet. Aber es ist wunderbar, daß er, der schärfste Bekämpfer der Sozialdemokratie, die schärfste Waffe gegen dieselbe, die Schule, nicht anerkennt. Die Lösung des Räthfels der sozialen Frage finden die Armen nur in dem Glauben an ein Jenseits. Wenn die armen Leute sich sagen, der Kaiser und seine mächtigen Minister müssen sich einmal vor Gott verantworten über die Macht, welche sie in der Hand haben, so sind das Gebanten, die eine große Bedeutung haben. Freilich, wenn der Glaube an das Jenseits verschwindet, dann sind solche Gebanten nicht vorhanden. Ich glaube, daß die moderne Sinnfluth, wenn sie zurückgehalten werden kann, nur durch das hölzerne Kreuz, durch diese härteste Waffe der Welt, zurückgedämmt werden kann. (Zustimmung rechts und im Centrum.) Deshalb liegt ein staatliches Interesse vor, die Menschen so zu ziehen, daß sie wissen, daß es im Jenseits einen Richter giebt. Es ist der Wunsch ausgesprochen worden, zu einer Verständigung zu kommen. Ob das möglich sein wird bei den vorhandenen Gegensätzen, weiß ich nicht. Wir können mit Ruhe und Würdigung diskutieren. Wenn man sich klar machen wird, daß die Abweichungen des vorliegenden Gesetzes von dem bestehenden Rechte nicht erheblich sind, dann wird eine Verständigung nicht ausgeschlossen sein. (Beifall rechts im Centrum und rechts.)

Abg. v. Egnern (noll.): Der Vorredner hat wohl vergessen, daß der große Reichthum weniger in den protestantischen Ländern vorhanden ist, als in den katholischen Ländern, wo die Klöster und Kirchen über große Reichthümer verfügen. (Widerspruch im Centrum.) Mit den extremen Auffassungen des Vorredners läßt sich eigentlich überhaupt nicht streiten. Die Frage, ob das Christenthum Gift sei, sollte hier überhaupt nicht gestellt werden; ich halte es für unwürdig, darauf zu antworten. (Zustimmung links.) Ueber die Stellung des evangelischen Bundes sollte sich Herr Porsch aus dem Artikel des Professor Venschlag im „Deutschen Wochenblatt“ unterrichten. Weßhalb Herr Stöcker eine Verständigung zwischen Nationalliberalen und Konservativen für ausgeschlossen hält, weiß ich nicht, nachdem im vorigen Jahre eine solche herbeigeführt worden ist. Der neue Entwurf bringt erhebliche Abweichungen von dem Gopler'schen Entwurf, namentlich räumt er der Kirche eine bedeutende Herrschaft ein, wovon Graf Limburg überhaupt nichts gesprochen hat; er will weitere Konfessionen nicht machen, aber nach seinem heutigen Verhalten wird er im nächsten Jahre wohl noch weiter den Forderungen des Herrn Porsch nachgeben. Nicht bloß die Ausführung dieser Vorlage sollte aufgehoben werden, sondern auch die ganze Verathung; die Erregungen der Gemüther über den Kulturkampf ist noch eine viel zu große, als daß man jetzt schon mit diesem Gesetz kommen sollte. Nothwendig ist nur ein Schuldotations-Gesetz, welches erledigt werden kann, ohne daß die prinzipiellen Punkte zur Entscheidung kommen. Bei der ersten Lesung des Etats kam der Beifall für den Grafen Zedlitz nur vom Centrum, die Konservativen schwiegen still. Um so größer und schmerzlicher war die Ueberraschung durch die Rede des Herrn von Buch, welche eine vollständige Abkehr von dem Entwurf des Herrn von Gopler enthielt. Die Konservativen schlossen sich dem Centrum als Gefolgschaft an. Von der großen weltgeschichtlichen Bedeutung der Vorlage scheint mir der Minister noch keine Ahnung zu haben, sonst würde er sich nicht darauf beschränken, die Vorlage nur als Ausführung des Verfassungsrechtes und der Verwaltungspraxis zu bezeichnen. Es ist schon früher einmal gesagt worden: die Schlacht zwischen

dem Protestantismus und Katholizismus wird auf märklichem Sande geschlagen werden; ich glaube, die Zeit dieser Schlacht naht jetzt heran. Den Vorwurf müssen wir uns verbitten, daß die Kreise des Bürgerthums die Volksschule religionslos machen wollen. Sie erregen dadurch nur Unwillen bei uns. In dieser Beziehung nehme ich die freikönigliche Partei in Schutz. Die freikönigliche Partei beherrscht die Stadt Berlin, wo ist denn die Religion aus dem blühenden Volksschulwesen der Stadt Berlin entfernt worden? (Widerspruch rechts.) Ueber die Verfassungsbestimmungen bestehen so viel Meinungen als Juristen vorhanden sind. In den weitesten Kreisen wird niemand glauben, daß die Verfassung solche reaktionäre Einrichtungen verlangt, wie sie der Entwurf enthält. Aus allen Reden des Kultusministers habe ich mit uns fast gar keine Berührungspunkte gefunden, wenn auch der Minister den Wunsch ausdrückt, mit uns zusammenzuarbeiten, so stellt er sich doch immer auf seine Auslegung der Verfassung, an welche wir uns halten sollen, wie an die Worte der Bibel. Wenn eine Verständigung erfolgen soll, dann muß der Artikel 24 erst eine klare und gemeinverständliche Fassung erhalten. Die konfessionellen Verhältnisse sollen möglichst berücksichtigt werden; die betreffenden Kirchengemeinschaften leiten den Religionsunterricht. Das läßt eine Trennung des Religionsunterrichts von der Schule zu, aber nicht eine Scheidung der Unterrichtsanstalten nach konfessionellen Gesichtspunkten. Diese Auslegung ist auch bei der Verathung der Verfassung im Herrenhause zum Ausdruck gekommen. Es sollen jetzt die Verwaltungsvorschriften besprochen werden, welche dem jetzigen Minister gefallen. Wohin und das führt, zeigt die neueste Verfügung des Ministers bezüglich des Religionsunterrichts der Kinder der Dissidenten. Eine solche Verordnung ist aber noch kein bestehendes Recht; denn gegen eine solche Verordnung giebt es die Klage. Aber der Minister setzt seine Verordnung in den Entwurf und bezeichnet sie als geltendes Recht. Dieser Punkt zeigt so recht den Geist, der im Kultusministerium und in den Parteien herrscht, die diese Vorlage billigen. Sind denn die Dissidenten gottlose Menschen, denen man die Erziehung ihrer Kinder nehmen muß? Nirgends finden Sie mehr Dissidenten, als bei uns im Buppertthale, und sie sind gerade sehr fromme Männer. Ist denn das Heil allein in der Staatskirche zu finden? Wenn Herr Stöcker mit seiner unzulässigen Thätigkeit nach hierarchischer Gliederung der evangelischen Kirche Erfolg hat, dann wird die Dissidentenfrage jedenfalls noch eine sehr viel brennendere werden. (Zustimmung links.) Der Kultusminister hat den Angriff Richters auf seine Rätze zurückgewiesen. Man hat sich daran gewöhnt, bei den Rätzen des Kultusministeriums u. s. w. die Dauer der gleichmäßigen Praxis im Schulwesen zu finden. Wir haben nicht geglaubt, daß nach dem Wechsel des Ministers eine solche Wandlung sich vollziehen würde. Kann sich denn der Minister in der kurzen Zeit seiner Amtsführung über Alles informieren? Das überschreitet die Kraft eines einzelnen Mannes. Das wichtigste Gesetz wird nach ganz neuen Grundsätzen ausgearbeitet in Zeit von wenigen Monaten. Bei dieser Schnelligkeit muß man fragen, wer hat den Minister berathen? Wer hat aus allen Reskripten diejenigen einseitig ausgesucht, welche Gesetz werden sollen? Es scheint, die katholische Abtheilung ist im Stillen wieder eingeführt worden. (Zustimmung links.) Bis jetzt hat man in den weitesten Kreisen des Volkes durchaus kein Bedürfnis empfunden, die extrem konfessionellen Volksschulen einzurichten. Der Lehrer mag der befähigste Mann sein, seine Stellung hängt ab von der Geistlichkeit. Denn da die meisten Schulen bei uns einklassig sind, so kann der Lehrer, welcher nicht Religion lehren darf, nicht an diesen angestellt werden. Der Appell an die Behörden wird ihm nichts helfen. Das ist undurchführbar. Die Staatslehrer werden schließlich ebenso preisgegeben werden, wie seiner Zeit die Staatsparrer. Der ganze Unterricht konfessionell werden auf allen Gebieten, namentlich auf dem Gebiete der Geschichte. Der Gegensatz der Konfessionen wird Gegenstand des Unterrichts werden. In den Schulen wird dann gelehrt werden, daß Luther ein schuftiger Schulmörder gewesen ist, daß der Protestantismus die Mutter der Sozialdemokratie ist. (Hört! links.) Der Lehrer kann abgesetzt werden von seinem Staatsamte durch eine Macht, die außerhalb des Staates liegt; das ist ein Eingriff in die Kronrechte, eine Verletzung des Artikels 47 der Verfassung. Bei jedem Grenzstreit zwischen Kirche und Staat ist der Lehrer verloren. Die Lehrer müssen sich den Anforderungen der Vorgesetzten anbequemen und in erster Linie werden sie sich dem Schutz des Geistlichen anvertrauen. Daß die konfessionelle Volksschule nur der Anfang ist, weiß man ja; die konfessionelle katholische Universität ist schon lange eine Forderung der Ultramontanen. Katholische Minister hat Windthorst ebenfalls mehrfach verlangt. So wird schließlich die ganze Nation in zwei Hälften getheilt. Es mag sein, daß einzelne Lehrer sich selbst überführen. Deshalb kann man doch nicht den ganzen Stand verurtheilen. Macht denn Herr Stöcker immer von dem Vereinsgesetz und von der Presse den richtigen Gebrauch? Ueberschätzt er nicht manchmal seine Persönlichkeit? (Heiterkeit.) Sollen denn deshalb alle Geistlichen unter Aufsicht gestellt werden? Wir brauchen solcher einzelner Vorkommnisse wegen nicht Bestimmungen in die Vorlage zu bringen, welche die Selbständigkeit der Lehrer vernichten. Wenn die Schulabtheilungen der Regierungen aufgehoben werden, dann wird der Regierungspräsident sich einen jungen Assessor nehmen, welcher die Sache bearbeitet. Der Regierungspräsident, namentlich wenn er noch ein Mandat ausübt, kann doch schließlich nicht die Durchführung dieses Gesetzes allein übernehmen ohne einen kollegialen Beirath. Der Regierungspräsident wird vielleicht auch von oben herab angewiesen, in dieser oder jener Richtung vorzugehen und in die Selbständigkeit der Städte und Gemeinden in einer Weise einzugreifen, wovon wir heute noch gar keine Ahnung haben. Wir wollen den legitimen Einfluß der Religion wahren, aber nicht die Lehrer in die Herrschaft der Geistlichkeit stellen. Die Schulverhältnisse im Bergischen entsprechen durchaus nicht den Schulverhältnissen der Vorlage; sie sind nicht Vertreter der Konfession, sondern werden von der Schuldeputation ernannt. Daß zur Zeit des alten Reich die Geistlichen einen erheblichen Einfluß auf die Schulen hatten, ist nicht richtig; also berufen Sie sich nicht auf diesen König; der geböt uns. Friedrich der Große setzte den Minister v. Zedlitz zum Leiter des Unterrichtsweßens ein und gab ihm eine Instruktion, die nicht so kleinlichen konfessionellen Gesichtspunkten entsprungen war. Herr Richter hat wohl aus der Vorlage gesehen, wohin es führt, wenn man mit dem Centrum kokettirt. Ich habe das aussprechen müssen, weil wir dem Centrum gegenüber immer einen ablehnenden Standpunkt eingenommen haben, wobei wir nicht immer die Unterstützung der Freiköniglichen gefunden haben. Wenn uns jetzt die Bundesgenossenschaft angeboten wird, so müssen wir darin die Führung haben. (Heiterkeit links und im Centrum.) Den Abschnitt über die Privatschulen sollte sich die Regierung an der Hand der Erfahrung noch einmal gründlich überlegen. Die Sozialdemokraten werden Schulen gründen, die Jesuiten werden zurückkehren und Unterrichtsanstalten gründen u. (Heiterkeit.) Auf den ökonomischen Theil der Vorlage will ich nicht näher eingehen. Der Vorwurf des Abg. Sattler, daß die Vorlage eine Ausführung des Windthorst'schen Schulantrages sei, ist vollständig zutreffend. Der Beirath der Minister, der selbst aus Schlesien ist, war

der schlesische Fürstbischof und der eifrigste Vertheidiger der Vorlage war ebenfalls ein Schloßler: Herr von Güne. Schloßler verdrank seine Stellung dem preussischen Könige Friedrich II. Ich hoffe, daß es diesen Schloßlern nicht gelingen wird, die preussische Volksschule in ihrer Stellung zu erschüttern. Ich hoffe, daß die Vorlage nicht Gesetz werden wird, ohne daß grundlegende Bestimmungen darin geändert werden.

Kultusminister Graf Jeditz: Die Schulaufsicht ist ein staatliches Amt; damit ist gegeben, daß dieselben Grundlagen wie für alle staatlichen Ämter auch für dieses Amt gelten. Daraus folgt, daß für diese Ämter nicht überall die konfessionellen Rücksichten maßgebend sein dürfen. Das schließt nicht aus, daß man wünscht, daß die Schulaufsicht den konfessionellen Verhältnissen entspricht. Unmöglich ist es eine Bestimmung in das Gesetz aufzunehmen, welches den Unterricht in einer fremden Sprache sichert. Wir sind national einheitlich zusammengesetzt, daß ein fremdsprachiger Unterricht zur Bereicherung der Nationalität führen müßte. Auch hier müssen die wirklichen Bedürfnisse im einzelnen geprüft werden. Darin würde ich keine Herabminderung des Einflusses des Staates finden, daß der Religionsunterricht in der Kirchensprache der Eltern erteilt wird. Graf Limburg verlangte eine Heraushebung der Ausführungen des Gesetzes. Dieses Gesetz annehmen und nachher in den Repertorien des Ministeriums liegen zu lassen, wäre eine Unmöglichkeit. Denn die sofortige Ausführung des Gesetzes müßte auch die Herren links fordern (Widerspruch links), das verheißt ich nicht. (Zuruf links: Ueberhaupt nicht!) Ja, das verheißt ich. Ich wende mich nun gegen Herrn von Güne, der selbst von sich sagt, seine Art sei nicht die des Herrn Richter. Aber die des Herrn Richter ist mir angenehmer (Hört!). Herr Richter ist ein prinzipieller, energischer Gegner, der auch meine selbständige Auffassung achtet; mit einem solchen zu kämpfen ist mir eine Ehre. Leider muß ich bekennen, daß die Art und Weise des Herrn von Güne nicht so offen ist, denn sie stellen eine Reihe von Dingen in eine Beleuchtung, die nicht die Beleuchtung der Dinge, sondern die Beleuchtung des Herrn von Güne ist, sie ist persönlich verleumdend und objektiv nicht zureichend. Die Nationalliberalen haben von vornherein eine ablehnende Stellung eingenommen, weshalb weiß ich nicht. Es wird von allerlei politischen Kombinationen geredet. (Zuruf: gefabelt!) Ja, gefabelt, trotz der rührenden Mitteltöne (Heiterkeit), die im Reichstage aufgeführt worden ist, kann ich doch nicht glauben, daß man dieses Gesetz zum Gelingen einer neuen Parteigruppierung machen wird. Man bestreitet, daß ich alles hätte machen können; ich habe mich informiert, denn ich habe arbeiten gelernt. Man hat es so dargestellt, als ob ich wie ein ungeschickter Redakteur mit der Schere die einzelnen Verfügungen zusammengeschritten hätte. (Zuruf: Sehr geschickt!) Ich danke für das Kompliment. Was ist denn vorgeschlagen? Dinge, die von der vorjährigen Kommission beschlossen sind oder der Ministerialrat gehandhabt hat. In ganz Deutschland sollte eine Erregung über die Vorlage entstanden sein. In Bayern ist die Gesetzgebung viel schlimmer und selbst in dem Mutterlande des Liberalismus, in Baden sind viel schärfere Bestimmungen. Wo ist denn die Schule, die Ihren Wünschen entspricht (nach links deutend). Sie existiert nicht, denn wenn sie bestände, würde sie dem Gefühl des Volkes widersprechen. (Vehementer Beifall und im Centrum.) Das ist nicht kriegsgläubig der Verfassung gegenüberstehe, werden mir selbst die Nationalliberalen glauben; solche Uebertreibungen nützen keiner Partei (Widerpruch von Güne: Das habe ich gar nicht gesagt!) Ich habe eine große Scheu vor der Heiligkeit unserer Verfassung; ich würde zehnmal mit meinem Gewissen zu Rathe gehen, ehe ich an dieser Grundlage ändern würde. Herr von Güne will die Selbständigkeit des Lehrers ausbilden, das will ich auch; so lange ich Minister bin, haben sich die Lehrer nicht darüber zu beklagen, daß ich sie nicht in allen Beziehungen vertreten hätte. Ich will sie unter kein Kommando stellen. Ich gehe in dieser Beziehung sogar so weit, daß ich mich selbst berichtigte, wenn ich mich geteilt habe. Herr Rindorf hat mir vorgeworfen, daß ich die Lehrer von dem Besuch des Lehrertages zurückgehalten habe. Ich nahm an, daß sich dafür ein Zeitpunkt innerhalb der Ferien finden ließe. Ich habe mich überzeugt, daß das nicht der Fall ist und habe in diesem Interesse die Pflanzferien verlängert, weil ich auch die freieste Diskussion der Lehrer über ihre eigenen Interessen nicht scheue. Die Arbeiten der Regierungsabteilungen von Schulsachen gehen auf die Gemeinde- und Kreisorgane über, die Städte sind dabei vollständig selbstverständlich. Das Uebrigbleibende geht auf die Firma des Regierungspräsidenten über, aber über Verfügung aller Räte, welche jetzt die Abteilungen ausmachen. Herr von Güne, Sie beurtheilen mich ungünstig, aber für so thöricht sollten Sie mich nicht halten, daß ich diese Dinge einem jungen Assessor übertragen wollte. Die Bedenken gegen die Vorlage stammen hauptsächlich aus technischen Kreisen. Diese technischen Kräfte sollen der Schule erhalten bleiben, aber sie sollen von den kleinlichen Arbeiten entlastet werden, um unseren Schulen zu dienen durch Verbesserung der Methode. Die Ausführung des Vorlesers über den Religionsunterricht treffen den Kern der Sache und beweisen, daß wir wirklich auf einem so verschiedenen Standpunkt stehen, daß wir schwer zusammenkommen können. Eine religionslose Schule wollen die Herren nicht, das habe ich anerkannt. Wir sind der Meinung, daß die Grundlagen des Christenthums den Kindern nur in der Form des Katechismus beigebracht werden können. (Abg. Enneccerus: Wir etwa nicht?) Ich habe mich doch ausführlich darüber ausgesprochen! (Heiterkeit rechts.) Man muß uns nicht Unzulässigkeit vorwerfen, das ist nicht günstig und nicht vermittelnd. Praktisch werden wir uns leicht verständigen, sowie wir sie prinzipiell erörtern, kommen wir zu solchen Gegenständen, wie wir sie heute gehört haben. Herr von Güne hat mich an die Traditionen meiner Familie aus der friebertianischen Zeit erinnert. Sie können sich denken, daß jemand wie ich eine lebhaft empfindende hat für das, was von einer alten Familie herabtröpfelt auf die Epigonen. Die Jeditze in Schlesien haben in Treue alle Zeit zum evangelischen Bekenntnisse gehalten. Es war ein Jeditz, der als Freund Melancthon's die erste evangelische Kirche Schlesiens erbaut hat. Es giebt viele Schulen und Kirchen, die dieser Familie die Fürsorge bis auf den heutigen Tag verankert. Es ist nicht leicht, dem Nachkommen und dem Erben einer solchen Familie ununterbrochen ins Gesicht zu schleudern: Du bist nur ein Vertheidiger des Centrums und des Herrn von Güne. Ich schäme mich auch in dem Katholiken, der auf dem Boden seiner Ueberzeugung steht, den Mann seiner Ueberzeugung. Ich nehme von ihm Rath an, aber ich ermächtige niemand mit deshalb nachzusagen, daß ich deswegen der Nachbeter fremder Auffassung bin. (Widerpruch des Herrn von Güne.) In der Sache haben Sie das gesagt. Es sind Wünsche nach Abänderung von allen Seiten des Hauses an mich herangetreten. Ich habe gebeten, die Generaldiskussion nicht durch eine so scharfe Zuspitzung der Gegensätze zu verschärfen; ich habe erklärt, daß ich bei einer Reihe von Fragen mit mir reden lassen würde. Wenn trotzdem von der linken Seite in der schärfsten Weise gegen das Prinzip gearbeitet wird, dann nehme Sie jede Hoffnung auf eine Verständigung weg. (Beifall rechts.)

Abg. v. Hammerstein (L.) wendet sich zunächst gegen Herrn v. Güne und fährt dann aus, daß Herr v. Wennigen mit seinem Ruf an das liberale Bürgertum das Tischbuch geschnitten habe, als überhaupt vom Volksschulgesetz noch keine Rede war. Man setze sich sofort die gesammte auswärtige Presse in Bewegung, allen voran die jüdische liberale österreichische Presse. Ernst ist, daß man auch den Partikularismus mit anzuziehen versucht hat, wie die Kaufungen der badiischen Amtsvorländer beweisen. In Baden hätte man doch etwas vorsichtiger sein sollen. Prinz Wilhelm, der die Revolution in Baden vernichtet hatte, erkannte als den Ursprung derselben die Vernachlässigung der Schule. Es handelt sich hier nur um einen Vorstoß des Protestantentums (Wächter links), unternommen gegen eine

Regierung, welche sich offen zum Christenthum bekant hat. (Zustimmung im Centrum und rechts.) Fühlen die Nationalliberalen Führer das Bedürfnis, ihre morsche Stütze durch grünes, freisinniges Holz zu verklären? Wollen sie die übrigen führenden Parteien einschüchtern? Jedenfalls ist es eine wohl überlegte Aktion der nationalliberalen Partei. (Zuruf von den Nationalliberalen: Dreist erkunden!) Ich wünsche dringend, daß die Vorlage Gesetz wird und ich hoffe, daß es gelingen wird, den letzten Paragraphen aus der Welt zu schaffen.

Darauf wird um 4 1/2 Uhr die Verathung bis Freitag 11 Uhr verlagert.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.
Öffentliche Sitzung von Donnerstag, 28. Januar,
Nachmittags 5 Uhr.

Stadtv. Dffermann hat das Mandat niedergelegt.
Der Ausschuss für den Antrag Singer betr. die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe ist gewählt; zu den Mitgliedern gehört auch der Antragsteller. Vorigender ist Stadtv. Langerhaus.
Nach dem Vorschlage des betreffenden Ausschusses soll für die Zeit bis zum 1. April 1901 der Betrieb der Bedürfnisanstalten zu gleichen Theilen den Unternehmern Progg und Hirschberg — jedem 22 Anstalten — übertragen werden. Das System Bech soll geprüft und der Magistrat ermächtigt werden, dem Unternehmer die Aufstellung und den Betrieb von 6 Anstalten zu gestatten. Die Auswahl der Plätze soll einer gemischten Deputation vorbehalten bleiben.

Referent Meyer I hebt hervor, daß der Ausschuss sich für ein Monopol des Herrn Progg nicht habe entscheiden können und daß demnach, wenn zwei Unternehmer zur Konzeption vorge schlagen würden, von selbst sich ergebe, daß die Versammlung über die Auswahl der Plätze, welche dem einen und welche dem andern angewiesen werden sollen, mitsprechen habe. Die Höhe der nach gleichen Grundflächen zu bemessenden Abgabe wird der Vereinbarung zwischen dem Magistrat und den Unternehmern überlassen. Besonderen Werth legt der Ausschuss auf das Mitbestimmungsrecht der Versammlung bei der Anweisung der Plätze an jeden der Unternehmer. Der Magistrat beanstandete diesen Vorschlag; aber die Versammlung könne doch nicht wollen, daß der eine Unternehmer einfach behalten soll, was er hat, also die Sache von dem Ganzen abschöpft (Heiterkeit), wodurch der Andere schwer benachtheiligt werde.

Stadtrath Voigt: Die Beschlüsse des Ausschusses stimmen mit den Bedingungen, unter welchen im vorigen Jahre das Ausschreiben ergangen ist, nicht überein. Im Interesse der Gemeinde liege, daß auf Grund dieses Ausschreibens der Abschluß der Angelegenheit erfolge. Danach sollten die bestehenden 24 Anstalten erhalten bleiben, die Zumeinung neuer Plätze binnen 3 Monaten durch den Magistrat erfolgen. Beiden Bestimmungen widerspreche der Kommissionsbeschluss.

Stadtv. Stadthagen: Die Versammlung hat denjenigen meiner Kollegen, der für unsere Partei schon im Plenum den richtigen Standpunkt dargelegt hatte, nicht in den Ausschuss gewählt. Ich konstatire das gegenüber jenem f. Z. von freisinniger Seite herausgegebenen Flugblatt, in welchem die unwahre Thatsache steht, daß die sozialdemokratischen Stadtverordneten nicht in die Ausschüsse hinein wollen. (Unruhe und Zwischenrufe.) Ob das hierher gehört, Herr Kollege Ranslau, wenn ich nicht irre, geht Sie nichts an! (Erneute Zwischenrufe.) Infolge davon muß diese wichtige Angelegenheit jetzt in der engherzigsten Weise behandelt werden, da wir uns gewissermaßen in einer Zwangslage befinden. Der Ausschussvorschlag ist ja etwas besser als die Vorlage, aber sehr wichtige Fragen, an deren Beantwortung uns sehr viel liegt, sind von dem Ausschuss gar nicht erörtert worden. Eine Stadt wie Berlin hat — darauf hat ja Stadtv. Langerhaus so eindringlich hingewiesen — in erster Reihe darauf zu sehen, daß, wenn irgend Jemandem ein Gewinn von Gemeinde wegen zukommen soll, festgesetzt wird, wie lange die Leute bei dem Betreffenden arbeiten müssen. (Ab!) Ja, wir verlangen, daß die Bedingungen nicht solche sind, daß dadurch nicht Leute von Stadt wegen ausgebeutet werden. (Zuruf.) Die Angestellten haben theilweise von 7 Uhr Morgens bis 11 Uhr Abends, also 16 Stunden ununterbrochen in diesen kleinen Dingen zu thun, und zwar bei einem monatlichen Lohn von 42 M., also 10 Pfennigen für die Stunde. Gehen die Bedingungen nicht dahin, daß ein weniger menschenwürdiger Lohn gezahlt wird, so ist die Sache für uns unannehmbar. Niemand von Ihnen wünscht, daß die dort beschäftigten Personen besonders schlecht gestellt werden sollen; das muß auch in den Bedingungen zum Ausdruck kommen. Früher hat die Stadt, so bei den Pferdebahnausschüssen, gleiche Bedingungen zu stellen verstanden. Anstalten wie die hier in Rede stehenden sollten überhaupt keine Einnahmequelle sein; steht indes die städtische Vertretung auf dem Standpunkt des Non olet, so soll sie selbst die Verwaltung in die Hand nehmen und vernünftige Löhne zahlen. Ich frage deshalb: Wie steht es augenblicklich mit Lohn und Arbeitszeit, und welcher Lohn wird für künftig vorgeschlagen? Das ist von allen 3 Bemerkern zu ermitteln. Ist dem Ausschuss die Sache aber gleichgültig, so bitte ich, die Vorlage abzulehnen und so den Magistrat zu zwingen, die Einrichtung in städtische Verwaltung zu übernehmen.

Stadtv. Leo empfiehlt den Ausschussantrag, worauf die Debatte geschlossen wird.

Referent Meyer I bewert im Schlußwort, daß der Ausschuss unmöglich bei einer solchen Gelegenheit sich mit der Frage der Arbeitsdauer und der Löhne der Domestiken habe beschäftigen können.

Der Ausschussantrag wird angenommen.
Die Vorlage des Magistrats betr. die Veräußerung von 50 qm ehemaligen Wegeterrains vor dem Grundstück Urbanstraße 115/116 als Vorgartenland zum Preise von 26 M. für den Quadratmeter an den Maurermeister Köfel war f. Z. auf Antrag Singer einem Ausschuss überwiesen worden. Dieser empfiehlt die unveränderte Annahme.

Referent Stadtv. Ledel bemerkt, daß ein Antrag auf Erhöhung des Preises auf 50 M. mit allen gegen 1 Stimme abgelehnt, ein Antrag auf Erhöhung auf 30 M. zurückgegeben sei. Schon 1888 sei auf Antrag Singer für Vorgartenland in derselben Straße eine Erhöhung von 15 auf 20 M. für den Quadratmeter beschlossen worden, später sei man bis 26 gegangen und so sei eine andauernde Plasmacherei betrieben worden. Der Ausschuss habe eine weitere Erhöhung für unbegründet erachtet.

Stadtv. Sabor beantragt, den Preis auf 50 M. zu erhöhen und demgemäß den Standpunkt des Ausschusses, wonach das Vorgartenland eigentlich werthlos sei, später event. unentgeltlich wieder abgetreten werden müsse und in jener Straße seit 1888 eine Werthsteigerung nicht erfahren habe. Da der Besitzer des Grundstücks das Vorgartenland laut baupolizeilicher Vorchrift haben müsse, könne er auch einen Preis dafür zahlen, der noch ein Preis zu nennen sei, nicht aber einen solchen, wodurch ihm das Terrain halb oder zu drei Vierteln geschenkt werde. Die unentgeltliche Zurücklieferung stehe doch für eine Reihe von Jahrzehnten noch nicht in Frage. Der Grund und Boden sei dort ganz erheblich im Werthe gestiegen, das habe auch Kollege Manegold anerkannt. Redner mag es nicht verantworten, daß die Stadt eine Grundfläche zu einem so billigen Preise verkaufen wolle, während die große Masse darbe. Habe man durchaus 1200 M. übrig, so überweise man sie den Wärrschallen und lasse 12000 Spielmarken dafür vertheilen. (Schlußrufe.) Ich spreche, so lange ich noch etwas zu sagen habe. Aus den Magistratsakten entnehme ich, daß bis zu 135 M. für den qm. Bauland in dieser Gegend gezahlt worden ist. Dagegen sind 26 M. gerabegulächerlich.

Stadtv. Manegold spricht für den Ausschussantrag. Die Debatte wird geschlossen.

Stadtv. Singer (persönlich): Ich vermahne mich dagegen, daß der Referent in Verbindung mit einem Antrage Singer davon spricht, daß Plasmacherei getrieben worden ist. Wenn von Plasmacherei geredet werden kann, so trifft das nur auf diejenigen zu, die aus dem viel zu billigen Ankauf städtischer Grundstücke für sich Plus machen wollen.

Unter Ablehnung des Antrags Sabor wird der Ausschussantrag angenommen.

Der zur Vorberathung des Antrags Stadthagen betr. den obligatorischen Besuch der städtischen Fortbildungsschulen und die Ausdehnung des Unterrichtes auf Unterweisung in den sogen. Sozialreformgesetzen eingesetzte Ausschuss hat den zweiten Theil des Antrages beraten und folgende Beschlusfassung vorgeschlagen:

Die Versammlung ersucht den Magistrat, in den städtischen Fortbildungsschulen und den städtischen technischen Lehranstalten einen Unterricht über die wichtigsten, in das praktische Leben eingehenden Rechtsverhältnisse erteilen zu lassen und dafür Sorge zu tragen, daß insbesondere baldigst über die sich aus dem Arbeitsverhältnis ergebenden Rechte und Pflichten, sowie über die Unfall-, Kranken-, Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzgebung in den gedachten Schulen und Anstalten unterrichtet wird.

Referent Stadtv. Friedemann: Der Ausschuss erwartet bezüglich des ersten Theils des Antrages noch statistisches Material, hat aber die Beratung des zweiten Theils trotzdem in Angriff genommen, weil diese Frage auf die Gestaltung des Stadt von Einfluß sein kann. Der Ausschuss ist weiter gegangen, als der Antrag Stadthagen wollte; er will der gewerbetreibenden Bevölkerung noch weitere Rechtskenntnisse mitgeben, um den Nachtheilen des Grundgesetzes Unkenntnis des Gesetzes schütz nicht möglichst entgegenzuarbeiten. Die Ausführung des Planes glaubt der Ausschuss dem Magistrat überlassen zu müssen.

Stadtv. Stadthagen: Ich bitte, den Ausschussantrag möglichst einstimmig anzunehmen. Wir haben schon in der ersten Verathung erklärt, daß wir bezüglich einer Ausdehnung der Tragweite des Antrags zu jedem Entgegenkommen bereit sind. Neben dem praktischen Werthe, den es für Arbeiter und Arbeitgeber haben muß, daß sie das Recht kennen lernen, dessen Unkenntnis ihnen Nachtheile verschaffen kann, ist der mit noch größer erscheinende Vortheil zu beachten, der den Schülern auf pädagogischem und politischem Gebiete daraus erwachsen kann. Daß die thatsächlichen Rechtsverhältnisse die Krystallisation der wirklichen Machtverhältnisse sind, diese Thatsache wird durch einen solchen Unterricht den Schülern zum Bewußtsein kommen. Deshalb bin ich auch dafür, daß die Juristen als Lehrer dieser Disziplin so bald wie möglich wieder verschwinden möchten, sie treiben doch meistens, zumal die der alten Schule, nur juristische Seiltänzerie, und das pädagogische Moment würde bald verloren gehen, Maluliferi an seine Stelle treten. Ich hoffe, daß bereits am 1. April mit diesem Unterricht wird begonnen werden können.

Der Ausschussantrag wird ohne weitere Debatte genehmigt. Im Anschluß an die durch das neue Einkommensteuer-Gesetz erfolgte durchgreifende Veränderung des bestehenden Klassen- und Einkommensteuer-Systems hat der Magistrat ein neues Regulatoriv für die Erhebung der Einkommensteuer entworfen und der Versammlung vorgelegt.

Stadtv. Langerhaus beantragt die Annahme en bloc; diesem Antrage widerspricht Stadtv. Singer. Stadtv. Sachs II beantragt Ausschussberathung, weil der auf Grund der Anweisung des Finanzministers ausgearbeitete Entwurf doch im Einzelnen redaktionell und materiel Verbesserung bedürftig sei.

Stadtrath Hagen bittet, bei der Eile, die in dieser Angelegenheit geboten sei, von einer Ausschussberathung abzu sehen. Das Regulatoriv sei mit der äußersten Vorsicht abgefaßt.

Stadtv. Spinola ist gegen Ausschussberathung. Die Versammlung laufe ohnehin Gefahr, ihren Schwerpunkt wieder zu sehr in die Ausschüsse zu verlegen.

Stadtv. Langerhaus kann auch nicht erkennen, welche Vortheile eine Ausschussberathung bringen solle. Die Ausnahme der ehemaligen unteren Klassensteuereinfache in das Regulatoriv sei notwendig, sonst beruhe sich die Verammlung der Möglichkeit, jedes Jahr über den event. Erlaß zu beschließen.

Stadtv. Meyer I hält Ausschussberathung für nothwendig und stellt anheim, den Ausschuss durch den Vorstand wählen zu lassen.

Der Antrag auf Ausschussberathung wird angenommen. Stadtv. Vorsteher Struck theilt unmittelbar darauf die Namen der 10 Mitglieder mit, auf die sich der Vorstand geeinigt hat (Heiterkeit). Zu denselben gehört Stadtv. Singer.

Die Vorlage betr. die Regulierung der Straße 11 und die provisorische Regulierung eines Theils des Platzes E an der Ecke der Sneyenau- und Bergmannstraße soll nach einem Antrag Schwann durch einen Ausschuss vorberathen werden.

Stadtv. Sabor: Ich lenke die Aufmerksamkeit der Versammlung auf den Umstand, daß auch hier wieder die auf dem Platz etwa vorhandenen Baulichkeiten nach der Lage der Bauinspektion meistbietend verkauft werden sollen, und auf die Thatsache, daß seit einer langen Reihe von Jahren eine Vereinigung von Unternehmern existirt, deren Geschäft es ist, diese Baulichkeiten zu einem weit unter dem Werth befindlichen Preise an sich zu reißen und die erstandenen Objekte unter sich weiter zu veräußern und den Mehrertrag unter sich zu vertheilen. Die Vereinigung hat sich den bezeichnenden Namen „Chabruse“ beigelegt. Die Tage der Bauinspektion ist oft so niedrig, daß ein großer Nutzen für die Herren abfällt; einzelne von ihnen leben einzig und allein von diesem Geschäft. (Heiterkeit und Unruhe.) Bei einem solchen Abbruch wurden 3700 M. gezahlt, bei der Weiterversteigerung kamen über 17000 M. heraus; ich kann die einzelnen Theilnehmer des Geschäfts genau bezeichnen und bin bereit, es in dem Ausschusse zu thun. Ich bringe diese Dinge vor, um auf die Befestigung derartiger Mißbräuche zu dringen. Bei einer andern Versteigerung bekam der eine Bieter — die andern waren nur Scheinbieter — für 16000 M. nicht sofort den Zuschlag, weil die Tage 16980 M. betrug; da redete ihm einer der andern zu und er zahlte die Tage. Dann ging es in die nächste Aneipe, und bei der Wiederversteigerung kamen 22500 M. heraus. Bei einem Verkauf auf dem Gellendbrunnen war die Tage 1408 M.; nachher ging die Weiterversteigerung bis über 5000 M. Als in der Neuen Friedrichstr. 31 Versteigerung war — die Tage betrug ca. 11400 M. —, hatten sich die Mitglieder der „Chabruse“ entmeit, da dort Jeder auf eigene Faust und der Ertrag war 20520 M. (Hört, hört!) Reich und Staat machen es ja mit der Versteigerung allerdings oft ebenso. Ich halte aber dafür, daß solche Mißbräuche und die Zustände in der Verwaltung, durch welche sie erzeugt werden, beseitigt werden müssen.

Nach dem Vorschlage des Magistrats soll für das Geschäftsjahr 1. Oktober 1899/01 der Feuer-Sozialbeitrag auf 4 Pf. pro 100 M. festgesetzt werden.

Die Versammlung erklärt sich hiermit einverstanden. Die Vorlage, betreffend den Austausch des Grundstücks Taubenstr. 23 gegen die Grundstücke Röhlenstr. 129/131 wird nach kurzer Debatte einem Ausschuss überwiesen.

Schluß der öffentlichen Sitzung nach 8 Uhr.

Lokales.

Im benachbarten Zegel blüht gleich einem Weiden im Vordergrunde, eine Filiale der „Berliner Arbeiterkolonie“. Angeregt durch die Schilderungen über das letztgenannte Institut, welche wir dieser Tage veröffentlichten, haben und eine Anzahl

Kolonisten, welche das Leben in der Ziegler Filiale aus eigener Erfahrung kennen zu lernen das große Vergnügen hatten", einen Bericht über die in dieser Filiale herrschenden Zustände eingehend, welchem wir die Ausnahme nicht versagen wollen. Die Leitung der Filiale hat mit der Oberförsterei in Zegel ein Abkommen getroffen, laut welchem 50-60 Kolonisten permanent in der Forst zu beschäftigen sind. Die Kolonie dominiert in den Baracken an der Ziegler Chauffee, etwa 30 Minuten hinter dem alten Steuerhause, welche Eigentum des Militäriskus sind. Die Baracken werden theils als Speise-, theils als Schlaftsaal benützt. Das ehemalige Offizierskasino ist das einzige massiv gebaute Haus, — in diesem aber haben die Kolonisten wenig zu suchen. Der große Saal steht die meiste Zeit des Tages leer, es ist der unumgänglich notwendige Vertheilungssaal. Die übrigen Räume des Gebäudes dienen als Wohnung des Vorstehers und weisen stets eine behagliche Temperatur auf. In dem Schlaftsaal dagegen herrscht eine Hundekälte, da Wind und Wetter in die Baracke freien Zutritt haben. Bis vor Kurzem war in der Baracke ein Ofen überhaupt nicht vorhanden, als es aber vor Kälte kaum mehr auszuhalten war, hat sich die Verwaltung entschlossen, einen kleinen eisernen Ofen aufstellen zu lassen. Die Kolonisten, welche bei der jetzigen Witterung den Tag über in der Forst gearbeitet hatten, nur dünn bekleidet, oft von einem Schneesturm überrascht, nur Holzspantene oder defekte Stiefeln an den Füßen, mußten Nachts in dem eiskalten Schlaftsaal kampieren, sie erhielten für ihre Lagerstätte nur zwei alte Pferdedecken zum Zudecken geliefert.

Schlag 8 Uhr des Morgens, sobald das Glockensignal ertönt, muß aufgestanden werden. Nachdem die Kolonisten ihre Betten wieder in Ordnung gebracht haben, geht es zur Waschlüge. Die Arbeiter, welche in den Forst gehen, erhalten hierauf Frühstück, Mehlsuppe und ein Stück trockenes Brot. Um 1/2 9 Uhr muß dieses „Frühstück“ hinunter gewürgt sein, denn dann beginnt im Vertheilungssaal die Morgenandacht. Dieselbe dauert etwa eine halbe Stunde und wird vom Vorsteher abgehalten. Sehr schlecht angekleidet stehen bei demselben die „Trinker“ und die Sozialdemokraten. Um 1/4 7 Uhr geht's, ausgerüstet mit drei Paar Schmalzstuden, die das Schmalz oft nur ganz oberflächlich gesehen zu haben scheinen, nach der etwa 1/2 Stunde weit entfernten Arbeitsstelle. Die Witterung ist gleichgültig, ob's schneit oder regnet, der Kolonist muß heraus! An drei verschiedenen Stellen wird ausgeforstet, jede Kolonne muß des Abends einen Handwagen voll Holz unter 7 cm im Durchmesser mit nach der Kolonie bringen. Das Holz dient theils als Feuerungsmaterial, theils wird es klein gemacht, Meterweise aufgestapelt und verkauft. Die Kolonisten erhalten für diese tägliche Lieferung im Handwagen (etwa 1/2-2 Kubikmeter) keinerlei Vergütung. An der Arbeitsstätte lüfteten sich die Kolonisten gewöhnlich erst ein Feuer an, damit sie sich wenigstens ein Mal ordentlich erwärmen, — das dürfte aber nicht „verrathen“ werden, sonst gab's Strafe. Die Arbeit des Ausforstens ist nicht leicht, sie wird sogar schwer, wenn man bedenkt, daß die Kolonisten den Unbillen jeder Witterung ausgesetzt sind. Mit Andruch der Dunkelheit wird dann der Rückweg angetreten, entweder steif gefroren oder durch und durch naß. Gegen 8 Uhr Abends erfolgt der Einzug in die Kolonie mit den vollgeladenen Wagen. Dann giebt's das inzwischen kalt gewordene Mittagessen und um 7 Uhr auch schon das Abendessen, die übliche Suppe und das übliche Stück trockenes Brot. Um 1/2 9 Uhr erfolgt der Antritt zur Abendandacht, während welcher wiederum die Trinker und die Sozialdemokraten tüchtig herhalten müssen. Nach Beendigung derselben geht's in das sogenannte Bett, das in den letzten Wochen sehr oft hart gefroren war. Nach Angabe des Försters wird an die Kolonie gezahlt für: 1 Kubikmeter Stubb (Wurzeln) 1.50 M., 1 Kubikmeter Unterholz 0.60, 1 Festmeter Brennholz 0.50, 1 Meter Knäppel von 7-14 Centimeter 0.60, 1 Meter Knäppel unter 7 Centimeter 0.40, 1 Meter Reisig 0.30. Nun ist sehr fleißig gearbeitet worden, so fleißig, daß sich jeder Kolonist der Hoffnung hingab, in 14 Tagen doch wenigstens 1-2 Mark verdient zu haben. Diejenigen, welchen die ungewohnte Arbeit nicht so von Händen ging, glaubten, wenigstens ohne Hinterlassung von Schulden die Kolonie verlassen zu können. Aber es kam anders, denn der Vorstand muß eine ganz andere Rechnung aufmachen. Der Fleißigste der Kolonie hatte 16 Wochen gearbeitet, er erhielt bei seinem Weggang nicht einen Pfennig ausgezahlt, sondern hatte noch 60 M. Schulden zu zahlen! Ganz ähnlich erging es den übrigen Kolonisten. 9 Mann, welche in etwa 14 Tagen abgingen oder fortließen, hinterließen über 300 M. Schulden! Wofür diese Schulden gemacht worden sind, wissen nur die Götter, die Kolonisten nicht, denn Mehlsuppe und trockenes Brot kann doch solche Kapitalien ummöglich verschlingen. Nach alledem arbeitet der Kolonist lediglich für die Anstalt, ein freier Arbeiter steht sich bei dem geringsten Lohn noch viel besser als ein Kolonist und er hat nicht nöthig, in Baracken zu schlafen, in Wind und Wetter im Freien zu sein und sich tagtäglich schöne Predigten vorzuzählen zu lassen.

Wissen wir noch etwas hinzuzusetzen?

Ein wahrhaft glänzendes Zeugniß für die Leistungsfähigkeit auf dem Gebiete der elektrischen Beleuchtung boten gelegentlich des Kaisergeburtstages die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft und die Berliner Elektrizitätswerke durch die großartige Illumination des den genannten Gesellschaften gehörigen Grundstücks am Schiffbauerdamm. 6000 Glühlampen aller Farben waren derartig gruppiert, daß sie einen Niesenadler, das Reichswappen, mit der schönen Aufschrift: „Der Kaiser hoch“ prächtig darstellten. Die meisten Bewunderer dieses feenhaft beleuchteten Establishments werden vielleicht gedenken durch die großartigen Lichteffekte zu dem Schluß gekommen sein, daß die Arbeiter im Hintergebäude der genannten Gesellschaften mindestens ein der Beleuchtung entsprechendes Loos haben; doch dem ist nicht so! Ein Kenner der Arbeitsverhältnisse der Berliner Elektrizitätswerke macht den Vorschlag, dem Niesenadler mit Krone und Aufschrift auch noch in großen Lettern und Ziffern eine ausführliche Lohnabelle einzuverleiben, aus welcher die Löhne, die die gen. Gesellschaft ihren Hilfsarbeitern, Schlossern und Mechanikern zahlt, genau ersichtlich sind.

Die Arbeiter dieser Firma müssen in Uniform gehen, welche Eigentum der Fabrik bleibt, wofür aber wöchentlich für Abnutzung den Hilfsarbeitern und Monteuren 40 Pf. und den Obermonteuren 75 Pf. in Abzug gebracht werden.

Die Uniform muß mit militärischem Anstand getragen werden (Noch stets ganz ungekündet, Mähe grade sitzend). Ohne Urlaub soll kein Arbeiter an Freiertagen Berlin verlassen und jeder Arbeiter muß sich erforderlichen Falls auch Sonntags und Nachts der Firma jederzeit zur Verfügung stellen, wenn eine dringende Reparatur an großen elektrischen Leitungen auszuführen ist. Die Behandlung der Arbeiter ist militärisch human — und Anreden wie: „Er, Ihr“ und „Guch“ ist das Personal schon gewöhnt, auch findet öfter einmal Appell statt. Täglich werden die Namen derjenigen Arbeiter bekannt gegeben, welche Abends Dienst haben, also Überstunden machen müssen bis 10, ja sogar bis 12 Uhr Nachts!

Jeder Arbeiter muß, um bei der Firma Arbeit zu erhalten, sich zunächst im Zentral-Arbeitsnachweis der Berliner Metallindustriellen gründlich auf sozialdemokratische Propaganda untersuchen lassen, muß prima Zeugnisse besitzen, muß ein Vermögenszeugniß oder ein polizeiliches Führungsausschreiben oder für Beschaffung derselben sich 1.65 M. in Abzug bringen lassen, und für dies Alles werden im Falle des Engagements 30 Pf. Stundenlohn geboten, nach dem ersten drei Monaten soll es den 2/3 Pf. Zulage geben pro Stunde. Der Durchschnittslohn aller Arbeiter erst. Aufsichtspersonal beträgt kaum 33 Pf. pro Stunde.

Aus dieser kleinen Blätterlese ist ersichtlich, wie der Großkapitalismus als Arbeitgeber von seinen Arbeitern Alles verlangt und dafür nicht bietet, während die Arbeiter große

Pflichten haben und keine Rechte. Um zu glänzen werden auf den Laufende, die der Verwendung einer besseren Sache würdig wären, hinweggeworfen und innen werden Arbeiter militärisch — human behandelt.

Die hiesige Blätter berichten, gedenken am 11. April d. J. der in Pantom ansässige Lehrer Friedrich Schulze und seine Gattin ihr 70jähriges Ehejubiläum zu feiern. Der Jubilar ist am 26. November 1801 auf der Rauenhagen Pölsel bei Fürstentum geboren, seine Ehefrau Dorothea, geb. Gundlach, am 5. September 1802 in Schildow. Lehrer ist Sch. 50 1/2 Jahre gewesen, emeritirt seit dem 1. Juli 1873. Sein 60jähriger Sohn ist seit 27 Jahren am Pestalozzi-Stift in Pantom Lehrer; sein Vater unterstützt ihn noch kräftig bei der Bestellung der zum Stift gehörigen Acker und Gärten.

Ein Verein selbständiger Händler (Marktreisender, Händler und Hausierer) ist in Berlin errichtet worden. Derselbe bezweckt seinen Mitgliedern bei Ausübung ihres Gewerbes Erleichterung zu schaffen und ihnen erforderlichen Falls Rechtshülfe zu gewähren, ferner dieselben in Krankheitsfällen zu unterstützen sowie den Hinterbliebenen beim Todesfall des Mitglieds eine Beihilfe zu spenden. Dem Verein kann jeder Händler beitreten, welcher das 21. Lebensjahr vollendet hat und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sich befindet. Heute, Freitag, den 29. Januar, Abends 7 1/2 Uhr, findet in Seefeld's Restaurant, Grenadierstraße 33, die erste öffentliche Versammlung statt. In derselben werden die Herren J. Horwich und A. Färber über die heutige Lage der Gewerbetreibenden sprechen. Alle selbständigen Händler Berlins sind eingeladen, ebenso die Vertreter der Presse.

Vor dem Gebrauch des sogenannten Carbon-Straton-Ofens, einer Heizeinrichtung, der von den Verkäufern nachgerühmt wird, daß sie ohne Rauch und Geruch Wärme erzeuge, wird wiederholt von dem Polizei-Präsidenten mit dem Hinweis öffentlich gewarnt, daß während des Winters 1887/88 in hiesiger Stadt ein, in Wiesbaden zwei Fälle von Kohlenoxyd-Vergiftung in Folge Aufstellung solcher Ofen herbeigeführt worden sind. Durch Prüfungen im hiesigen hygienischen Institut ist festgestellt worden, daß der Carbon-Straton-Ofen als eine äußerst gefährliche, unter Umständen todbringende Heizvorrichtung zu bezeichnen ist.

Mit dem Mord der Ritsche wird jetzt eine Verhaftung in Verbindung gebracht, von der ein hiesiges Blatt meldet und die den früheren Schlafwirth der Ritsche, den Fleischer Bösch, betrifft. Am Donnerstag voriger Woche wurde nämlich in der Wohnung der Wittwe Bösch, Blumenstraße 53 wohnhaft, ein Einbruch verübt. Die Diebe mußten geflohen sein, denn es fielen ihnen nur einige Garbenstücker in die Hände, während verschiedene Verschlässe, in welchen bares Geld enthalten war, ihnen entgingen. Polizeiliche Ermittlungen ergaben, daß die gestohlenen Gegenstände eine halbe Stunde später in der Pfandleihe Große Frankfurterstraße 44 versteckt worden waren. Weitere Ermittlungen führten auf die Spur des ehemaligen Schlafwirths der Ritsche, des Fleischers Bösch, welcher des Einbruchs überführt erscheint. Aus der Polizei soll man ihm die Ermordung der Ritsche auf den Kopf zugestekt haben und er soll sich sehr verstockt gezeigt und auf keine an ihn gerichtete Frage geantwortet haben. Wie weit die Verdachtsgründe der Polizei reichen, ist noch nicht bekannt. — Hierzu sei noch erwähnt, daß der Kellner Ottomar Nagel aus Wien, der in Würzburg als vermeintlicher Mörder der Ritsche verhaftet wurde, wieder in Freiheit gesetzt worden ist.

In unserer heutigen Nummer befindet sich ein Inserat betrefend einer Petition gegen das Volksschul-Gesetz. Wir machen auf das Inserat hiermit besonders aufmerksam.

Polizeibericht. Am 26. d. M. Abends wurde ein Rentier in seiner Wohnung in der Dessauerstraße, und am 27. d. M. Vormittags ein Hausdiener auf dem Boden des Hauses Behrenstraße 23 erhängt vorgefunden. — Am 27. d. M. Vormittags sprang eine Frauensperson an der Großbeerendstraße in den Landwehrkanal, wurde jedoch noch lebend aus dem Wasser gezogen und nach dem Krankenbause am Urban gebracht. — Als Mittags ein Bäckmeister in dem Kohlegeschäft von Waldau, Febr.-bellmerstr. 25, mit einem geladenen Revolver unvorsichtig umging, entfiel sich ein Schuß und wurde die danebenstehende Frau des Bäckers an Unterarm und Oberschenkel verletzt. — Vor dem Hause Potsdamerstr. 112 wurde Abends ein Mädchen von einem Pferdebahnwagen überfahren und am Kopf und an der Hand so bedeutend verletzt, daß es nach der Charité gebracht werden mußte. — In derselben Zeit fiel ein Mechaniker im Hause Rosenthalerstr. 5 in der Dunkelheit die Kellerterrasse hin und erlitt eine Verletzung des Rückgrats. — Am 28. d. M. Morgens erschoss sich ein Kaufmann in seiner Wohnung in der Köpnickstraße. — Am 27. d. M. fanden drei kleine Brände statt.

Gerichts-Beifung.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts I begann gestern die Verhandlung gegen den Arbeiter Valentin Ferry, welcher des Mordes beschuldigt ist. Da der Beschuldigte die That leugnet, so sind 84 Zeugen geladen, um ihn zu überführen. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Grünhagen, die Anklagebehörde vertritt der Erste Staatsanwalt Boglasch. Der 42jährige Angeklagte stammt aus Kosen, Kreis Bissa, er ist Soldat gewesen und hat es bis zum Unteroffizier gebracht. Im vorigen Frühjahr arbeitete der Angeklagte in Staaken, einem Dorfe bei Spandau. Der Thatbestand der Anklage ist in Kürze folgender: Am 12. Mai vorigen Jahres wurde die Arbeiterin Echerbarth, eine von ihrem Ehemann getrennt lebende Frauensperson, die in der kgl. Munitionsfabrik zu Spandau beschäftigt war, von ihren Handgenossen vermißt. Sie war am Morgen des 11. Mai zur Arbeit gegangen, am Abende aber nicht nach Staaken zurückgekehrt. Drei Tage später wurde die Leiche der Echerbarth auf freiem Felde zwischen Spandau und Staaken gefunden. Die Untersuchung ergab zweifellos, daß ein Mord begangen war. Augenscheinlich war die Frau auf dem Heimwege überfallen und mittelst eines stumpfen Instruments zu Boden geschlagen worden. Die Schädeldede war zertrümmert. Der Hals der Ermordeten zeigte Merkmale, daß der Thäter auch Erdrückungsversuche gemacht hatte. Die Leiche war dann vom Wege nach einem Acker geschleift worden, wo sie halb verdeckt in einer Furche lag. Der Verdacht der Thäterschaft lenkte sich auf den Angeklagten, welcher am 8. Mai seine Arbeit aufgegeben und sich seit dieser Zeit müßig und trübsinnig herumgetrieben hatte. Die Verdachtsgründe mehrten sich in dem Umfange, daß Ferry in Haft genommen wurde, trotzdem ein einigermaßen triftiger Grund für die That nicht ersindbar war. Von einer Breaudung der armen Person konnte keine Rede sein. Der Angeklagte bestritt vor dem Untersuchungsrichter mit größter Hartnäckigkeit, daß er der Thäter sei, er erbot sich, einen Alibibeweis anzutreten, und Zeugen über Zeugen mußten geladen werden. In der gestrigen Verhandlung verneinte der Angeklagte wiederum, daß er die That begangen. Der Präsident verließ seinen Platz, trat dicht vor den Angeklagten hin und ermahnte ihn zur Wahrheit. Haben Sie nicht wiederholt Ihrem Verteidiger eingestanden, daß Sie den Mord begangen? — Angekl. schweigt. — Präsi.: Angeklagter, gehen Sie in sich, entlassen Sie doch Ihr Gewissen, haben Sie nicht Ihrem Verteidiger gegenüber wiederholt eingestanden, daß Sie der Thäter waren? — Angekl.: Ja. — Präsi.: Warum bestreiten Sie es denn jetzt? — Angekl.: Ich streite ja nicht mehr. — Präsi.: Wollen Sie denn heute ein Ge-

ständniß ablegen? — Angekl.: Ja. — Präsi.: Fäßlers Sie Neue? — Angekl.: Ja, sehr. — Nun begann der Präsident das Verhör mit dem Angeklagten. Es ging daraus hervor, daß die Echerbarth das Opfer einer Personens-Verwechslung geworden war, der Angeklagte hatte seine Ehefrau tödten wollen. Es war ein trauriges Ehestands-drama, das durch das Bekenntniß des Angeklagten entrollt wurde. Derselbe gab an, daß er vor zehn Jahren seine jetzige Ehefrau, die aus einer Arbeiterfamilie stammte, geheiratet habe. Aus der Ehe entsprossen sechs noch lebende Kinder. Die ersten Jahre des Zusammenlebens seien glücklich gewesen, dann kam es zwischen den Eheleuten zu häufigen Zwistigkeiten, der Angeklagte will von seiner Ehefrau hintergangen worden sein, er wurde lächerlich und ergab sich dem Trunke. Nach längerer Trennung zogen die Eheleute im vorigen Frühjahr wieder zusammen. Bald begann die alte Geschichte wieder. Der Angeklagte gab an, daß ihm glaubwürdige Mittheilungen zugegangen seien, wonach seine Ehefrau mit einem Bahnbeamten unerlaubten Verkehr pflog, es kam täglich zwischen den Eheleuten zu argen Ausbrüchen. Schließlich sei ihm der Gedanke gekommen, seine Ehefrau zu ermorden. Seit dem 8. Mai habe er sich ruhelos umhergetrieben und im Freien genächtigt. In der Nacht zum 10. Mai seien ihm die Mordgedanken vergangen, er habe sich nach Staaken begeben und versucht, wieder bei seiner Ehefrau Aufnahme zu finden. Mittelft einer Leiter habe er zum Fenster einsteigen wollen, seine Ehefrau sei ihm, mit der Lampe in der Hand, entgegengetreten, habe ihn in schroffster Weise zurückgewiesen und zwei der Kinder geweckt, die einen Gendarm holen mußten. Er habe sich voller Wuth wieder entfernt und den Rest der Nacht in einem Neubau zugebracht. Am folgenden Tage sei er auf der Suche nach Arbeit gewesen, wobei er viel Getränke genossen habe. Gegen Abend habe er sich in halbberauschtem Zustande von Spandau nach Staaken begeben in der Absicht, seine Frau zu ermorden. Unterwegs sei eine Frauensperson vor ihm gegangen, die er der Kleidung und dem Gange nach für seine Ehefrau gehalten habe. Das Blut sei ihm zu Kopfe gestiegen, er habe einen schweren Stein genommen, sei neben die Frau getreten und ohne derselben ins Gesicht zu blicken, habe er ihr mit dem Stein einen wuchtigen Schlag gegen den Kopf versetzt. Lautlos sei die Betroffene zu Boden gesunken. Er habe ihr noch fünf bis sechs Schläge versetzt und sie dann auf den Acker geschleift. Hier habe er sie mehrere Minuten am Halse gewürgt, bis er annehmen mußte, daß sie todt sei. Um sich hiervon zu überzeugen, habe er sein Gesicht dem Leiche des Opfers genähert und zu seinem Schrecken bemerkt, daß es nicht seine Frau, sondern die Echerbarth war. Er sei davongegangen, habe auf dem Exercierplatz genächtigt und auch schlafen können. Am folgenden Tage sei er verhaftet worden.

Bei dem Geständniß des Angeklagten konnte die Beweisausnahme sehr beschränkt und die Verhandlung auf einen Tag beschränkt werden.

Der Erste Staatsanwalt plädierte für Schuldig im vollen Umfange der Anklage. Der dem Angeklagten bezeugte Irrthum in der Person könne ihm nicht zu Gute gerechnet werden, der Angeklagte habe mit Ueberlegung vorsätzlich ein Leben vernichtet und das sei Mord. Es könne ganz gleichgültig sein, ob der Ermordete Schulle oder Müller heiße. Er bitte die Geschworenen, ihren Wahrspruch auf Schuldig des Mordes zu fällen.

Der Verteidiger vertrat einen anderen Standpunkt. Man könne die Frage, ob der Angeklagte die Frau Echerbarth „mit Ueberlegung“ getödtet habe, nicht ohne Weiteres bejahen, denn der Wille des Angeklagten ging dahin, eine andere Person zu tödten. Bedeutende Rechtslehrer seien der Ansicht, daß man dem Angeklagten nur einen Versuch oder eine Fahrlässigkeit vorwerfen könne und diese Ansicht habe zweifellos ihre Berechtigung. Der Verteidiger sprach die Hoffnung aus, daß die Geschworenen den Angeklagten nur des Todtschlags schuldig sprechen würden. Nach Schluß der Plaidoyers wird die Hauptfrage dahin verändert, ob der Angeklagte schuldig ist, vorsätzlich und mit Ueberlegung „einen Menschen“, nämlich die Frau Echerbarth, getödtet zu haben. Nachdem der erste Staatsanwalt und der Verteidiger auf weitere Ausführungen verzichtet haben, beginnt der Präsident seine Rechtsbelehrung mit dem Bemerkten, daß man die That verdammten müsse, den Thäter aber vielleicht bedauern könne. Unter keinen Umständen dürfe ein Richter sich aber von seinem Gefühl leiten lassen, es sei ein herrliches, bevorzugtes Recht der Krone, Gnade zu üben und voraussichtlich würde diese höchste Instanz auch anrufen werden.

Die Geschworenen sprachen den Angeklagten des Mordes schuldig.

Der erste Staatsanwalt beantragte das gesetzliche Strafmaß, die Todesstrafe.

Das Erkenntniß lautete dem Antrage gemäß. Der Angeklagte nahm das Urtheil ohne sichtlich Erregung entgegen.

Wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz waren die Genossen Vogel, Busch und Kolditz vom Amtsgericht zu Alt-Landsberg mit 15, bezüglich 30 M. Strafe belegt. Ihr Vergehen bestand darin, daß sie einen 30jährigen und zwei 17jährige Maurer, die noch Lehrlinge waren, in den Verein „Vorwärts“ zu Alt-Landsberg aufgenommen hatten. Ihr Einwand, daß sie die Lehrlingsqualität nicht gekannt hätten, wurde verworfen, weil sie sich danach hätten erkundigen müssen. Gegen dies Urtheil legten sie durch Rechtsanwalt Arthur Stadthagen und gleichzeitig der Anklage wegen der Strafniedrigkeit Berufung ein. Der Verteidiger machte geltend, daß dahin gestellt bleiben könne, ob ein 30jähriger Maurer Lehrling im Sinne des Vereinsgesetzes sei. Jedenfalls könne nur eine vorsätzliche Uebertretung der bezüglichen Vereinsgesetz-Bestimmungen bestraft werden. Das Landgericht Berlin U. erachtete diese Darlegungen für zutreffend, verwarf die Berufung des Staatsanwalts und sprach die Angeklagten in sämmtlichen drei Fällen frei.

Gegen den „Vollbankier“ Otto Rietschmann wurde gestern vor der vierten Strafkammer des hiesigen Landgerichts I eine umfangreiche Anklage wegen 57 Fälle des Betruges verhandelt. Rietschmann betrieb seit dem Jahre 1873 mit dem Kaufmann Dehne zusammen ein Kolonialwaaren-geschäft an groß in der Kurstraße 18/19. Dehne besorgte die Buchführung, Rietschmann dagegen besuchte die Kundenschaft. Derselbe hatte großes Vertrauen zu ihm und da es bekannt war, daß er an der Börse Geschäfte machte, ließen sich viele Personen vom Spekulationsfeufel verführen, ihm seit Jahren große Geldbeträge anzuvertrauen, um dieselben vorzüglich anzulegen. Die gefäuschten Wertpapiere überließ man ihm vertrauensvoll, ja man übergab ihm sogar Wertpapiere zur Verwahrung. Er übernahm es auch, Wertpapiere seinen Kunden zu verkaufen, andere dafür zu kaufen und für seine Kunden an der Börse zu spekulieren. Nebenbei spekulierte der Angeklagte durch Vermittelung der Berliner Bank und der Bankgeschäfte Gebr. Jassé und Z. Behrend auf eigene Rechnung in großem Umfange und sehr unglücklich. Zur Deckung seiner Verluste griff er schließlich die fremden Gelder und Wertpapiere an und verkaufte und verpfändete sie zu eigenem Nutzen. In den letzten zwei Jahren hat er auch eine Reihe von Personen durch falsche Vorpiegelungen benommen, ihm Wertpapiere zu übergeben, welche er dann schleunigst verkaufte. Er redete in diesen Fällen den Leuten vor, er wolle die Papiere nur gegen Engeltz verleihen, oder sein Walfar brauche sie für kurze Zeit und er werde sie in wenigen Tagen zurückbringen. In anderen Fällen wieder spiegelte er den Leuten vor, bestimmte Wertpapiere seien ausgelost und ließ sich dieselben ausshändigen, angeblich um die Einlösung zu bewirken. Er gerieth immer mehr auf die abschüssige Bahn. Als er den Zusammenbruch immer mehr voraussah, bewog er noch verschiedene Leute durch falsche Angaben, ihm Wechsel zu akzeptiren,

Aus Spanien.

Den 21. Januar.

In den Weihnachtstagen sind in verschiedenen Städten Spaniens von den dortigen sozialistischen Arbeitervereinen Festlichkeiten abgehalten worden, welche darauf schließen lassen, daß sie einen neuen Antrieb zur Weiterentwicklung der Arbeiterbewegung in Spanien geben mögen.

Am 1. Januar wurde in Valencia von dem dortigen sozialistischen Arbeiterverein eine Neujahrsfeier abgehalten. In der Voraussage, daß diese auch die deutschen Genossen interessieren wird, ist diese hier kurz skizziert. Schon etwa 2 Stunden vor Beginn der Feierlichkeiten war der geräumige, mit Emblemen und roten Fahnen reich geschmückte und prachtvoll erleuchtete Saal so sehr besetzt, daß den noch kommenden Gästen kein Einlaß mehr gemehrt werden konnte.

Nach einigen Tagen wurde eine Gegenversammlung abgehalten, in welcher die Anarchisten die Arbeiterpartei und ihre Führer vernichten sollten. Beiden Seiten wurde 1 1/2 Stunde Redezeit gewährt. Von den Anarchisten sprachen Ibaneta (Franzose), Montanana und Torres. Ihre Angriffe waren entweder rein persönlicher Natur, oder zeugten, wenn sie sich auf allgemeine Sachen einließen, von einer großen Unwissenheit.

Die Anarchisten bereiten der Sozialdemokratie Spaniens vieles Unangenehme, besonders in Andalusien. Das haben wiederum die Vorgänge in Jerez bewiesen, welche aber einem denkenden Menschen zu allerlei Vermuthungen Veranlassung geben. Die Nachrichten über die blutigen Vorgänge in Jerez sind aber so widersprüchlich, daß man sich kein klares Bild von denselben machen kann.

spanischer Genossen ist die, daß die Regierung hinter diesem Putsch steht, um einen Scheingrund gegen die Arbeiter zu haben. Der ganze Regierungapparat ist so wackelig, so korrumpirt, daß ein Putsch der Regierung im höchsten Maße angezogen ist. Jetzt heißt es, gegen die Arbeiter gehen, um die Aufmerksamkeit von den faulen Zuständen des Staates abzulenken.

Es ist vollständig ausgeschlossen, daß die Sozialdemokratie irgend etwas mit dem Putsch in Jerez zu thun hat. Die Genossen bekämpfen hier die Anarchisten in Wort und Schrift, und die Führer zeichnen sich durch Ruhe und prinzipielle Festigkeit aus. Die Bewegung unter den Arbeitern ist in letzter Zeit lebhafter; möge sie nicht unter den albernem Vorgängen von Jerez leiden.

Die spanische Arbeiterschaft beweist ihren internationalen Charakter dadurch, daß sie sich sehr für den Streik der Buchdrucker in Deutschland interessiert. Am 1. Januar erschien das Zentralorgan der sozialistischen Arbeiterpartei in Spanien „El Socialista“ einen längeren Aufruf an die Arbeiter Spaniens, den Streik mit Geldmitteln zu unterstützen.

Vom 1. bis zum 3. Januar hielten die Textilarbeiter einen Kongreß in Barcelona ab, um sich neu zu organisieren. Ueber die eigentlichen Verhandlungen vermag ich nichts zu berichten, da der Korrespondent des Partei-Organs „El Socialista“ keinen Zutritt hatte und über die Verhandlungen nichts in die Öffentlichkeit gebracht hat.

Die einzelnen Vereinigungen, welche zusammen die Gesamtsöderation bilden, mögen sich einzeln wieder nach besonderen Grundfragen organisieren, erhalten dazu aber keine Unterstützung von der Gesamtsöderation. Der Zweck dieser ist, die Arbeitsbedingungen möglichst zu verbessern, sowohl in Bezug auf die Dauer des Arbeitstages und die Löhne, als auch in Bezug auf die Erhaltung oder Herstellung guter Zustände in der Fabrikation.

In einer Wanderversammlung, die der Verband der Geschäftsdienner, Pader und Berufsgenossen für den Osten Berlins veranstaltet hatte, sprach Kollege Kähler über jene Organisation, von deren Zweck unsere Leser durch mehrere ausführliche Berichte bereits Kenntniß haben. In der

Diskussion führte Kollege Müller an, daß der Unterstützungsbund der Hausdiener in der Lederbranche sich nur dann auflösen könne, wenn zwei Drittel der Mitglieder für die Auflösung sind. Diese zwei Drittel würden jedenfalls zusammengebracht werden, so daß sich der Bund doch noch dem Verbands angeschlossen werde.

Die Versammlung erwartet mit Bestimmtheit, daß die Stadtverordneten dem Antrage Singer und Genossen, welcher Schließung der Bank- und Engroßgeschäfte am Sonntag, und Einschränkung der Arbeitszeit in Detailgeschäften auf 8 Stunden und zwar so, daß die Arbeitszeit um 10 Uhr früh beendet ist, als ein Uebergangsstadium zur völligen Sonntagsruhe zustimmen werden.

Der Vorstand wird beauftragt, diese Resolution der Stadtverordneten-Versammlung sofort zu übermitteln. Die heute in Jock's Salon tagende Versammlung der Geschäftsdienner, Pader und Berufsgenossen erklärt, mit aller Bestimmtheit für die Interessen unserer Organisation einzutreten und dieselbe in allen Punkten hochzubalten.

Zu der Glasergesellschaft Berlins und Umgegend sprach Herr Silberberg über das Thema „Lohn- und Akkordarbeit“. Der Redner plädierte für die Abschaffung der Akkordarbeit und erstellte für seinen Vortrag reichen Beifall. Die Versammlung wählte hierauf zur Ausarbeitung eines Lohnartikels eine sieben-gliedrige Kommission.

Der Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter nahm in seiner Versammlung am 25. Januar ein Reskript Gustav Kehler's über die Gewerbebehörde entgegen und faßte nach einer Debatte, die sich im Sinne des genannten Redners bewegte, folgende Resolution: Die heutige Vereinsversammlung des Fachvereins der Musikinstrumenten-Arbeiter erklärt sich mit dem Referenten in Sachen der Gewerbe-Schiedsgerichte einverstanden; sie wünscht, daß die Listen behufs Ausstellung der Arbeiterlisten mindestens 4 Wochen einschließlich der Sonntage ausgelegt werden und daß die Höhe der Listen für die Arbeiter auf mindestens 6 M. bemessen wird.

In Anbetracht, daß es zur thätigen Organisation der Bewegung unbedingt nötig ist, eine in wissenschaftlicher und gewerblicher Beziehung gut redigirte Fachzeitschrift zu besitzen, ferner es unbedingt nötig ist, diese Fachzeitschrift zur besseren Aufklärung der Kollegen untereinander auch nach Kreisen zu unterziehen, erklären die Musikinstrumenten-Arbeiter, die von der Agitations-Kommission als Publikationsorgan angenommene „Solidarität“ abzuheften, und für deren weitestehende Verbreitung Sorge zu tragen zu wollen.

Im Verein der Einseher sprach am 17. Januar Herr Joseph unter dem Beifall der Versammlung über Zentral- und Lokal-Organisation. Der Redner gab der ersteren Form der Organisation den Vorzug, da sie allein auf die heutige, für den Weltmarkt berechnete Produktion den Einfluß ausüben könne, welche erforderlich ist, um die Interessen der Arbeiter zur Geltung zu bringen.

In einer öffentlichen Versammlung der Photographie-Gehilfen, einberufen von der freien Vereinigung derselben, hielt am 25. Januar Herr H. Hennig einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über Zweck und Nutzen der Fachorganisationen. Herr Böwe schloß sich den Ausführungen des Referenten an, indem er wie jener die Nothwendigkeit betonte, daß in Fachorganisationen jede politische Erörterung bei Seite gelassen werden müsse.

Zu einer Wanderversammlung, die der Verband der Geschäftsdienner, Pader und Berufsgenossen für den Osten Berlins veranstaltet hatte, sprach Kollege Kähler über jene Organisation, von deren Zweck unsere Leser durch mehrere ausführliche Berichte bereits Kenntniß haben. In der

Versammlungen.

Zu einer Wanderversammlung, die der Verband der Geschäftsdienner, Pader und Berufsgenossen für den Osten Berlins veranstaltet hatte, sprach Kollege Kähler über jene Organisation, von deren Zweck unsere Leser durch mehrere ausführliche Berichte bereits Kenntniß haben. In der

folgt, die gemeinsam mit den Ausgeschlossenen einen neuen Verein, die „Freie Vereinigung“, gründeten. Diefelbe werde gern bereit sein, wieder eine Einigung herzustellen, jedoch bezweifelt Redner bei dem Verhalten der anderen Herren die baldige Möglichkeit einer solchen. Der Vorsitzende theilte hierauf mit, daß die „Freie Vereinigung“ jeden Freitag in der Kommandantenstraße 15 ihre Versammlungen abhält u. a. auch eine Unterstützungsfonds gegründet habe. Daraus stimmten die Anwesenden den Ausführungen des Referenten zu und verpflichteten sich zum Anschluß an die „Freie Vereinigung der Photographiegehilfen“. Auf die Aufforderung des Herrn Pöwe, einer der anwesenden Unterstützer des oben gekennzeichneten Ausschusses solle diesen öffentlich begründen, getraute sich keiner der Herren zu antworten.

Der Fachverein der Stenotypen und Versetzerinnen hielt am 18. Januar seine Generalversammlung ab. Genosse Kessler sprach über die Gewerbe-Schiedsgerichte und unterzog dabei den Statuten-Entwurf des Berliner Magistrats einer längeren Kritik, hauptsächlich betonend, daß die Zeit von 14 Tagen zum Einzeichnen in die Listen zu kurz sei und anstatt dessen 4 Wochen festgesetzt werden, auch die Entschädigung der Arbeiter-Beisitzer mit 4 M. zu gering angesehen und auf 8 M. erhöht werden müsse. Nach der Diskussion über das Referat erklärte sich auf Antrag Jänike die Versammlung in einer Resolution einstimmig mit den Ausführungen des Gen. Kessler einverstanden und beauftragte den Vorstand, die Abstellung der angeführten Mängel beim Magistrat zu beantragen. Die vom Koll. Meyer erstattete Abrechnung vom 3. Quartal ergab eine Einnahme von 616,16 M., eine Ausgabe von 530,74 M. und einen Bestand von 85,42 M.; auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassier Decharge erteilt. Zweck baldiger Abrechnung über den „Wahndauerer“ wurden die Kollegen aufgefordert, ihre Reste zu begleichen. Zum Thema „offene Kofalsorb-Heizung“ sprach Kollege B. Schulz sein Bedauern darüber aus, daß beim Kartell so wenig Unfälle zur Anzeige gebracht worden sind, und machte es den Kollegen zur Pflicht, über jede durch die Kofalsorb-Heizung verursachte Krankheit zc. dem Kartell Nachricht zu geben. Am 5. März findet in Souffouci unser Wiener Maskenball statt, um recht rege Agitation für guten Umsatz der Billets wird gebeten.

Der Tischlerverein hatte, wie der Kassier Winter in der am 23. Januar stattgehabten ordentlichen Generalversammlung mittheilte, in der Kranken-Unterstützungskasse während des letzten Vierteljahres eine Einnahme von 985,20 M., während die Ausgabe 791 M., folglich der Ueberschuß 194,20 M. betrug. Der Vermögensbestand der Kasse betraffe sich am 31. Dezember auf 1164,64 M., jener des Reservefonds auf 5147 M. Die Einnahme der Vereinskasse betrug 280,24 M., die Ausgabe 306,41 M. Zum Archivar wurde Kollege Döring einstimmig wiedergewählt. Ein von 15 Vereinsmitgliedern gestellter Antrag, den ausstehenden Buchdruckern eine Unterstufung zu bewilligen, zeitigte eine lebhaft erregte Debatte. Die Versammlung bewilligte schließlich den Buchdruckern und den Hilfsarbeitern und Arbeiterinnen je 50 M. Zur Zeitungsfrage wurde beschlossen, nur den „Vorwärts“ als Infektionsorgan zu benutzen. Ferner werden bei Todesfällen von Mitgliedern die Kosten der Kranzpende und der Annonce der Vereinsliste aufgelegt.

Die Generalversammlung des Verbandes der Möbelpolier Berlins und Umgegend, welche am 18. Januar stattfand, ehrte zunächst das Andenken der verstorbenen Mitglieder durch Erheben von den Plätzen. Der Vorsitzende Fährke ermahnte hierauf die Anwesenden, auch in diesem Jahre treu und fest zur Organisation zu stehen, wie im vergangenen, und berichtete dann über die Thätigkeit des Vorstandes, welche eine äußerst rege gewesen ist. Der Verband hat bei Lohnindifferenzen u. s. w. stets die Vortheile der Mitglieder zu wahren gesucht. Rechtschutz haben drei Kollegen beansprucht, wovon zwei Fälle zu Gunsten der Kollegen entschieden sind; der dritte schwebt noch. In den Versammlungen wurden wissenschaftliche und gewerkschaftliche Vorträge gehalten. Beim Kassenbericht beklagte der Kassier Kollege Wendt das mangelhafte Eingehen der Gelder, dessen Ursache wohl in der herrschenden Krisis beruhe. Der Kassenbestand betrug 41,51 M. Die Kasse der Fachkommission hat nach dem Bericht des Kassiers Frohmann einen Bestand von 67,09 M. Beiden Kassieren wurde Decharge erteilt. Hinsichtlich der Büchersammlung ersuchte der Bibliothekar Meuter die Mitglieder, dem Mangel an wissenschaftlichen Büchern nach Kräften abzuwehren. Ein schriftlich eingereicherter Antrag Lindners, wonach der Verband arbeitslose Mitglieder unterstützen sollte, fand nirgends Anklang. Beschlossen wurde, eine Anzahl Parteiprogramme anzuschaffen und dieselben an die Mitglieder unentgeltlich abzugeben.

Der Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter hielt am 20. Januar in Seeger's Lokal, Gräner Weg, eine Bezirksversammlung für den Osten ab, in welcher Herr Fiebig über das Thema: „Einfache und zusammengesetzte Arbeit“ sprach. An der Diskussion darüber beteiligten sich die Kollegen Corp, Rude, Selchow u. A. Beim „Verschiedenen“ äußerte Kollege Ulrich den Wunsch, die für Versammlungen bestimmten Laufzettel möchten der Metallarbeiterzeitung bei deren Versendung beigelegt werden. Der Wunsch ist leider nicht zu erfüllen. Eine Anfrage betreffs Gewährung von Rechtschutz wurde bis zur nächsten Generalversammlung zurückgestellt. Die Versammlung war schwach besucht; man ersuchte deshalb die Mitglieder, für besseren Besuch der nächsten Versammlung thätig zu agieren.

Eine Versammlung der in der Kartonbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hörte am 19. Januar einen Vortrag des Herrn Lütz über Sibirien. In der Diskussion wurden die deutschen Verhältnisse in einen Vergleich zu den russischen gebracht, der für die ersteren keineswegs glänzend ausfiel. Hierauf übertrug man Herrn Schwarzbürger und Kräulein Artelt für einzuberufende öffentliche Versammlungen jener Branche die betreffenden Vertrauensposten.

Im Verband deutscher Textilarbeiter und Arbeiterinnen, Filiale der Weber Berlins, wurde am 19. Januar folgender Kassenbericht vom 4. Quartal erstattet: Bestand vom 3. Quartal 89,55 M., Einnahme im 4. Quartal 251,90 M., Summa 341,45 M.; Ausgabe 188,75 M., bleibt Bestand 152,70 M. In die Arbeitsnachweis-Kommission wurden die Kollegen Wegener, Debarré, Kühne, Brunglow, Borne, Meier, Rich. Schulz und Hoffmann gewählt. Ferner beschloß man, die Todesanzeigen verstorbenen Mitglieder in den „Vorwärts“ einrücken zu lassen, falls sie sofort dem Vorstand der Filiale mitgeteilt werden. Den noch ausgesparten 12 Webern von der Firma Feibisch bewilligte man bis zu 80 M. Unterstützung aus der Kasse für den Fall, daß durch die Sammellisten nicht genügend einkommt.

Im Bund der geselligen Arbeitervereine Berlins und Umgegend erläuterte kürzlich Herr Forstberg das neue Bundesstatut. Bezüglich der Feier des (ersten) Stiftungsfestes beschloß man dieselbe im Frühjahr stattfinden zu lassen. Es folgten Wahlen, aus welchen die Herren Lukas vom Rauchklub „Gelblau“ als Kassierer, und Duffel, Zähne und Kasprzako als Mitglieder der Kommission hervorgingen. Zur Aufnahme in den Bund meldeten sich die Vereine „Waldesgrün“ und „Lustspiel“. Abdann wurde zur Wahl eines Festkomitees geschritten, dasselbe besteht aus den Herren Bugge, O. Schröder, Bod. Kleemann und Schröder. Nachdem das in voriger Versammlung gewählte Schiedsgericht Bericht erstattet hatte und dasselbe mit der Schlichtung eines neuen Falles beauftragt war, ging die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung aus. Die nächste Bundesversammlung findet am 21. Februar statt. Vereine, welche gewillt sind, dem Bunde beizutreten, erfahren Näheres durch den Vorsitzenden Herrn Arthur Schmelzer, Säbenerstr. 26, 1 Tr.

Friedenan. Der Arbeiter-Bildungsverein von Steglitz und Friedenau wählte am 20. Januar die Genossen Fritsche und Richter zu Revisoren für das 4. Quartal, und zum Kassier den Genossen Braun. Da die Bibliothek einen großen Aufschwung genommen hat und ein noch bedeutenderer erwartet werden darf, wurde Genosse Sudrow zum Bibliothekar ernannt. Die vom Genossen Braun über das letzte Vergnügen erstattete Abrechnung ergab 57,70 M. Ueberschuß. Derselbe wird zu Bibliothekzwecken verwandt. Unter Verschiedenem besprach man die bevorstehenden Kommunalwahlen; es wird in dieser Angelegenheit noch eine öffentliche Versammlung einberufen werden.

Schöneberg. In der Generalversammlung des hiesigen Arbeiter-Bildungsvereins theilte der Vorsitzende beim Jahresbericht u. A. mit, daß das Sozialistengesetz zwar gefallen wäre, dafür aber in Schöneberg im Vorjahre die Strafen viel zahlreicher gewesen seien, als während der Zeit des Sozialistengesetzes. In der Diskussion über den Bericht, aus welchem noch zu ersehen, daß acht Vereinsversammlungen stattfanden, beteiligten sich die Genossen Albrecht und Weisgerber im Sinne des Vorsitzenden. Es folgten Abrechnungen. Beim Stiftungsfest betrug die Einnahme 125,50 M., die Ausgabe 101,50 M., der Ueberschuß 24 M. Die Abrechnung des Kassiers ergab: Einnahme 92,76 M., Ausgabe 52,80 M., Bestand 89,96 M. Aus der Wahl des gesammten Vorstandes gingen hervor: Freising, I. Vorsitzender, Schimanitz,

2. Vorsitzender, Freyer, I. Kassier, B. Buchholz, zweiter Kassier, G. Däumig, I. Schriftführer, Karl Schmidt, 2. Schriftführer; Revisoren: Pogge, Weisgerber und Dredé; Bibliothekar bleibt Genosse Eichhorn. Man beschloß dann, am 20. Februar einen Maskenball in der Schlossbrauerei abzuhalten; ferner kamen die Gemeinderaths-Wahlen sowie die Thatsache zur Besprechung, daß den Arbeitern hier nur noch die Schlossbrauerei und das Lokal des Herrn Jakob Brunwaldstraße 110, zu Versammlungen zur Verfügung stehen, während die Inhaber der übrigen Lokale nach wie vor ihre Säle verweigern.

Vermischtes.

Ein fideles „Rettungshand“! Vorgänge im Rettungshaus für verwahrloste Kinder des Kreises Neumarkt bildeten den Gegenstand einer Gerichtsverhandlung, welche am 23. Januar vor der Strafkammer I in Breslau spielte. Auf der Anklagebank befanden sich mehrere junge Burschen aus Neumarkt und zwei 15-16 Jahre alte Mädchen, die im vorigen Jahre und auch schon früher Jüglinge der Anstalt waren. Eines derselben ist jetzt Dienstmädchen, das andere wieder unfreiwilliges Mitglied des Rettungshauses. Die jungen Burschen sind nachlässigerweise in den Mädchen-Schlafsaal eingestiegen. Das Treiben hat mindestens ein halbes Jahr ununterbrochen gedauert. Die übrigen Pflinglinge, zumeist Kinder unter 12 Jahren, sind, nachdem die Anstalt Abends 10 Uhr geschlossen worden und der Verwalter nebst seiner Frau im ersten Stock zur Ruhe gegangen waren, sehr oft durch die Fenster des im Parterre gelegenen Schlafsaals ausgestiegen, und haben sich halbe Nächte mit den Angeklagten umhergetrieben. Damit der durch die nächtlichen Besuche verursachte Lärm nicht etwa nach der Schlafstube des Verwalters dringen konnte, verstopften die Mädchen das nach oben führende Sprachrohr. Kamen die Burschen einen oder zwei Abende nicht, so erhielten sie sofort Briefe der Mädchen; als Ueberbringerinnen derselben fungirten 10-12jährige weibliche Pflinglinge. Bei einigen dieser Besuche wurden die Burschen auch seitens der Mädchen bewirthet, dieselben kochten in der ihnen auch zur Nachtzeit zugänglichen Küche Kaffee, sie entnahmen der Vorrathskammer Brot, Butter, Fett, Eier und auch die Zigarren des Verwalters. Außerdem sind drei von den Angeklagten mehrmals leblich zu dem Zweck in das Rettungshaus eingestiegen, um Diebstähle zu begehen. Sie entwendeten dabei theilweise unter Anwendung von Nachschlüssel Strümpfe und verschiedene andere Kleidungsstücke, sowie auch Nahrungsmittel und zwei Aeste. Dies führte zur Entdeckung der Thäter und dabei kam der Eingangs erwähnte nächtliche Verkehr im Rettungshaus zur Kenntniss der Behörde. Der Verwalter, der jetzt im Alter von 63 Jahren steht, während seine Frau 60 Jahre zählt, ist in den letzten Jahren sehr schwerhörig geworden, jetzt also nicht mehr zur Leitung der ca. 40 Pflinglinge fähig. Der Verkehr durch die unergitterten Fenster des Rettungshauses war um so leichter, da das Haus etwa eine viertel Meile von der Stadt Neumarkt am Wege nach dem Bahnhofe liegt und in einiger Entfernung nur eine Mühle als Nachbarschaft hat. Von dort konnte aber das nächtliche Umhertreiben der Burschen eine Anzeige nicht erstattet werden, da der Lehrling des Müllers selbst zu dem Konfortium gehörte. Sämtliche Angeklagte waren geständig. Einer der Burschen wurde zu 1 Jahr 2 Monaten Gefängnis und 2 Wochen Haft, die übrigen zu Gefängnisstrafen von 1 Woche bis 5 Monaten, außerdem einige noch zu Haftstrafen verurtheilt, während die beiden Coactanten je 6 Wochen brummen müssen.

Drei historisch interessante Grabstätten wurden nach einer Mittheilung der Köln. Volks-Zeitung in Köln in der Kirche der ehemaligen Benediktinerabtei von St. Pantaleon entdeckt: Der Sarg der Griechin Theophana, Gemahlin des Kaisers Otto II., die Gebeine des Erzbischofs Bruno von Köln, des Bruders von Otto I., und die Grabstätte des Abtes Hermann von Zutphen.

Proben eines Mehles aus dem Rothlandsgebiet an der Wolga waren, wie die „Chemiker-Ztg.“ berichtet, folgendermaßen zusammengesetzt:

| |
|---|
| 10,08 pSt. Feuchtigkeit, |
| 17,16 „ Mineralstoffe, Sand zc., |
| 32,67 „ Celluloseweib und Unkrautsamen, |
| 40,09 „ Roggenmehl. |

Natürlich waren die Leute, welche dieses „Mehl“ genossen hatten, in großer Zahl erkrankt.

Gegen das beabsichtigte Volksschul-Gesetz.

Listen zu einer Petition gegen das dem preussischen Landtage vorliegende Schulgesetz liegen zur Unterschrift, sowie zur Entgegennahme behufs Sammlung von Unterschriften bereit bei:

- N.1 Vogt, Cigarren-Geschäft, Veteranenstr. 2.
- Rubnow, Buchhandlung, Brunnenstr. 105.
- Guadt, Restauration, Brunnenstr. 88.
- NO.1 Gumpel, Cigarren-Geschäft, Barnimstr. 42.
- O.1 Tempel, Restauration, Breslauerstr. 27.
- Jühl, Restauration, Frankfurter Allee 74.
- SO.1 Rohlhardt, Buchhandlung, Mariannenstr. 34.
- Rehr, Putzgeschäft, Köpenickerstr. 126.
- S.1 Schweitzer, Cigarren-Geschäft, City-Passage.
- Förner, Cigarren-Geschäft, Ritterstr. 108.
- Gründel, Restauration, Dresdenerstr. 116.
- Klein, Restauration, Schönleinstr. 6.
- SW.1 Jassorke, Cigarren-Geschäft, Junkerstr. 1.
- W.1 Antrich, Cigarren-Geschäft, Steinmeyerstr. 60.
- Hising, Restauration, Wilowstr. 52.
- NW.1 Vogtherr, Eisenwaaren-Handlung, Stephanstr. 27a.
- C.1 Salzwerdel, Restauration, Klosterstr. 83.

Freireligiöse Gemeinde, Rosenthalerstr. 38, Quergeb. I., nur Sonntags von 10-12 Uhr.

Es wird gebeten, die Listen an den Stellen, von denen sie entnommen sind, wieder abzuliefern, und zwar

möglichst bis Mitte Februar.

Wagenbauer. Grosser Wiener Masken-Ball

am Sonnabend, den 30. Januar, in Mohrman's Salon, Große Frankfurterstraße 117. Anfang 8 Uhr.

Billets à 50 Pf. sind zu haben bei Herrn Schüller, Memelerstraße 29; Adhring, Nüderdorferstraße 68; Samann, Neue Grünstraße 25a, vorn 1 Tr.; Behlow, Nüderdorferstraße 68, Hof 1 Tr.; Pieper, Große Frankfurterstr. 130, Hof im Keller; Schulz, Gubenstr. 58, vorn 3 Tr.; Schwarz, Gubenstr. 18/17, Hof im Keller. — Um zahlreiche Theilnahme bittet

Das Komitee.

Allgem. Deutscher Sattlerverein.

Sonnabend, den 30. Januar 1892, bei Engenhagen (Moritzplatz): Gr. Wiener Maskenball.

Nach 12 Uhr: Aufführung lebender Bilder: I. Pastor Jekrant's geistige Waffen. II. Michel am Scheidewege. III. Die Marschallin. Billets sind zu haben in den Restaurants von Gröndel, Dresdenerstraße 116; Wienecke, Alte Jakobstraße 83; Pätzsche, Französischestraße 6; sowie am selbstigen Abend bei den Vorstandsmitgliedern. NB. Laut Erklärung der Lokalkommission in der Versammlung am 26. d. M. können Vergnügungen in oben genannten Lokale, welche zur Zeit arrangirt sind, noch abgehalten werden.

Oeffentliche Versammlung der Bildhauer u. deren Angehörige

am Sonntag, den 31. Januar, Abends 7 Uhr, im großen Saale der Armin-Hallen, Kommandantenstr. 20. Vortrag der Frau Emma Jhrer. 147/5

Leseklub „Carl Marx“.

Versammlung für Männer u. Frauen am Sonntag, den 31. Januar, Abends 6 Uhr, im großen Saale der Berliner Hochbrauerei am Tempelh. Berg. Tages-Ordnung:

1. Vortrag. Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht. Nachdem: Gesellige Unterhaltung und Tanz. Der Einberufer.

Achtung! Maurer! Achtung! Grosse öffentliche Maurer-Versammlung

Sonntag, den 31. Januar, Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Jöhl, Andreas-Strasse No. 21. Tages-Ordnung: 1. Stellungnahme zum Gewerbe-Schiedsgericht. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches. Alle Maurer Berlins sind dazu eingeladen. Die Versammlung wird pünktlich 10 Uhr eröffnet. Der Vertrauensmann. Wagner, Alt-Noabit Nr. 125. 427/6

Bekanntmachung.

Eine Versammlung der arbeitenden Mitglieder der Ortskrankenkasse d. Maschinenbau-Arbeiter u. vorw. Berufsgen. zu Berlin, zum Zweck der Delegirtenwahl in den Vorstand, findet am Freitag, den 5. Februar cr., Abends 7 Uhr, im Berliner Rathhause, Zimmer 83, Eingang Jüdenstraße, statt. Gleichzeitig findet am Montag, den 8. Februar cr. die Delegirtenwahl I. der arbeitenden Mitglieder und zwar für die, in den großen Fabriken, welche über 75 Mann beschäftigen in der Fabrik des Arbeitgebers; II. für die, in den Fabriken, welche unter 75 Mann beschäftigen, im Saale des Handwerker-Vereins, Sophienstraße 15, Abends 7 1/2 Uhr und III. für die freiwilligen Mitglieder (Diener) in dem Restaurant Seefeldt, Grenadierstr. 33, Abends 7 1/2 Uhr, statt. Anträge für die Tagesordnung der General-Versammlung sind bis zum 27. Februar 1892 schriftlich beim Vorstand einzubringen. Das Quittungsbuch legitimirt. Berlin, 28. Januar 1892. 1183b Der Vorstand. Carl Thiemt.

Zentral-Kranken- u. Sterbefälle der Tischler u. s. w.

Öertliche Verwaltung Berlin C. Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 31. Januar, Vorm. 10 1/2 Uhr, im Lokale Königshof, Wilowstraße. T.-D.: 1. Abrechnung v. 4. Quartal 1891. 2. Verschiedene Kassenangelegenheiten. 308/11 Der Bevollmächtigte. Otto Witte.

Kinderwagen. Größtes Lager Berlins.